



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 4

Oktober 1970

Editorial

S. 2

Mozambique

RESOLUTION ZUM NATIONALEN WIEDERAUFBAU
OFFENER BRIEF AN WILLY BRANDT
BERICHT ÜBER DEN BEFREIUNGSKAMPF

S. 3-4

S. 4-6

S. 6-9

Angola

INTERVIEW MIT AGOSTINHO NETO

S. 10

Chile

KARTE/KURZINFORMATION

S. 11-12

Peru

BERICHT AN DAS ZK DER PKP

S. 13-16

Brasilien

CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE
DOKUMENTE ÜBER FOLTERUNGEN

S. 17-20

S. 20-22

Israel

ISRAELS IMPERIALISTISCHE MISSION IN AFRIKA

S. 22-28

Südvietnam

WIR ERZIELEN GROSSE ERFOLGE
ERKLÄRUNG VON MADAME NGUYEN THI BINH
ERKLÄRUNG DES ZK DER FNL VOM MAI 1969

S. 29-32

S. 33-34

S. 35-36

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Hiltraud Bredthauer-Geißel, Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtlich verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Karl Unger, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

EDITORIAL

"Der Zusammenbruch des Kolonialsystems hat die Positionen des Imperialismus entscheidend geschwächt. Im letzten Jahrzehnt ist die Rolle der antiimperialistischen Bewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im revolutionären Weltprozeß weiter gewachsen."

Die Herausgeber des "Antiimperialistischen Informationsbulletins" teilen diese Einschätzung der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 in Moskau ebenso wie die Bestimmung der Hauptkräfte im antiimperialistischen Kampf:

"Im Kampf gegen den Imperialismus vereinen sich drei mächtige Kräfte der Gegenwart:

das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung." Diese drei Hauptkräfte haben trotz aller Schwierigkeiten das Kräfteverhältnis zunehmend zu ihren Gunsten verändern können und immer bessere Bedingungen für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker und Klassen geschaffen.

Der Imperialismus ist zwar außerstande, seine verlorene historische Initiative wiederzuerlangen, hat aber keineswegs an Gefährlichkeit verloren. Mit der Verschärfung seiner inneren Krisenhaftigkeit und des im Weltmaßstab bestehenden Grundwiderspruchs zwischen Imperialismus und Sozialismus geht gegenwärtig eine wachsende Aggressivität der imperialistischen Politik einher. Besonders deutlich manifestiert sich dies in der direkten Aggression der US-Imperialisten und ihrer Verbündeten gegen die nationalen Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

In dieser Situation soll das "Antiimperialistische Informationsbulletin" vor allem folgende Aufgaben wahrnehmen:

- den Kampf der antiimperialistischen Bewegungen der drei Kontinente in deren Selbstdarstellungen dokumentieren;
- den verbrecherischen und klassenbedingten Charakter imperialistischer Politik - insbesondere der USA und der BRD - aufdecken;
- diesen Kampf als Teil des gemeinsamen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte ins allgemeine Bewußtsein rücken;
- die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen verstärken helfen, um damit auch einen Beitrag zum Kampf gegen die eigene herrschende Klasse zu leisten.

BESTELLUNGEN

für das
"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto
für 12 Nummern 15,-- DM einschließlich Porto,
Einzelpreis: 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren 33 %
Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"
p.A. Barbara Schilling
3550 Marburg/Lahn
Liebigstraße 46

Einzahlungen auf das PSchKto Nr. 312 093,
PSchA Frankfurt/M., Barbara Schilling, Sonder-
konto AAK, 355 Marburg/L.

Antiimperialistisches
Informationsbulletin

5

bringt u.a.:

Dokumentation der Ereignisse in
CHILE

Dokumentation zur Lage in
PALESTINA

Resolution des ZK der FRELIMO

Redaktionsschluß für diese Nummer war der
15. 9. 1970

MOZAMBIQUE

Wie bereits angekündigt (AIB Nr.3), folgen hier weitere Dokumente der FRELIMO. Die "Resolution zum nationalen Wiederaufbau" wurde auf dem 2. Kongreß der FRELIMO im November 1968 verabschiedet. Die Bedeutung der Resolutionen dieses Kongresses liegt in der Tatsache, daß sie die theoretischen Grundlagen der Politik der FRELIMO definieren. Der "Offene Brief an Willy Brandt" datiert vom 19.3.1970. Wir hatten ihn bereits für unsere Nummer 2 angekündigt. Aus technischen Gründen hat sich der Abdruck verzögert. Armando Gueboza (Mitglied des ZK der FRELIMO) hielt die hier abgedruckte Rede auf der "Internationalen Konferenz zur Unterstützung der Völker der portugiesischen Kolonien" in Rom (27.-29. Juni). Sie informiert über die Entwicklung und den augenblicklichen Stand des Kampfes sowie die Politik der FRELIMO in den befreiten Gebieten. (Die wichtigsten Dokumente der Rom-Konferenz haben wir im AIB Nr.3 veröffentlicht.)

RESOLUTION ZUM NATIONALEN WIEDERAUFBAU

I. Der II. Kongreß stellt fest, daß der Aufbau eines neuen Lebens in den befreiten Zonen ein Erfordernis des Kampfes um die nationale Befreiung ist.

Die befreiten Zonen sollen die materielle Basis für das Wachstum unseres revolutionären bewaffneten Kampfes darstellen.

Somit gewinnt die Steigerung der Produktion eine besondere Bedeutung.

Es ist für uns notwendig, immer mehr von den materiellen Gütern herzustellen, die wir für die Entfaltung unseres bewaffneten Kampfes benötigen.

Wir müssen die Entwicklung der Landwirtschaft, der Industrie und der Heimindustrie fördern und unsere Kräfte stets darauf konzentrieren, den Interessen der Volksrevolution nachzukommen.

Neben der Produktion müssen wir den Innen- und Außenhandel entwickeln.

Wir müssen auch die Entwicklung der Erziehung fördern. Gleichzeitig müssen wir unsere nationale Kultur entfalten, indem wir die positiven Traditionen unserer örtlichen Gewohnheiten mit unseren Anstrengungen verknüpfen, die ein vereinigtes freies Mozambique zum Ziel haben.

Alle diese Aspekte unseres Kampfes für den nationalen Wiederaufbau sind eng miteinander verbunden, und um effektiv zu arbeiten ist es nötig, unsere Aktivitäten auf den verschiedensten Gebieten aufs beste miteinander zu koordinieren; sonst werden alle unsere Anstrengungen vergebens sein.

Um unsere Arbeit fortzusetzen, haben wir verschiedene Schwierigkeiten zu überwinden und viele Probleme zu lösen; einige von ihnen sind sehr akut, wie etwa die Tatsache, daß die Bevölkerung auf viele kleine, weit voneinander entfernte Siedlungen verstreut ist, daß Kommunikationsmittel fehlen und Kader rar sind. Um dieses Problem lösen zu können, müssen folgende Maßnahmen getroffen werden:

- a) die Bevölkerung umzusiedeln, wenn dies möglich ist;
- b) die aus Mozambique in die benachbarten Länder gezogenen Flüchtlinge zur Rückkehr und zur Teilnahme an den Aufgaben des nationalen Aufbaus zu bewegen;
- c) die Ausbildung von Kadern, die zur Ausführung der verschiedenen, von der Revolution gestellten, Aufgaben benötigt werden, zu intensivieren.

Wann immer es für unbedingt notwendig angesehen wird, sollten ausländische Fachleute ins Land geholt werden, die die politische Linie und das Programm der FRELIMO befolgen.

II. Für die einzelnen Aufgabenbereiche beschließt der II. Kongreß der FRELIMO folgendes:

A P r o d u k t i o n u n d H a n d e l

- a) Die landwirtschaftliche Produktion muß entwickelt werden, so daß wir all das erhalten, was wir für die Nahrung benötigen ebenso wie die notwendigen Industrieerzeugnisse wie Seife, Textilien usw. und die noch über den Außenhandel zu beziehenden Güter.
- b) Das wissenschaftliche und technische Niveau der Produktion muß gehoben werden.
- c) Die Verteidigung des bebauten Landes gegen die Aktionen des Feindes muß konsolidiert werden.

- d) Die Organisierung von Genossenschaften in Landwirtschaft, Handel und Industrie muß entwickelt werden.

B Erziehung

- a) Die Entwicklung der Grundschulen ist zu beschleunigen.
- b) Die Ausbildung von Lehrern für die Grundschulen muß entwickelt werden, damit sich die Anzahl der Lehrer rasch vergrößert und sich ihr technisches Niveau hebt.
- c) Die Alfabetisierungskampagnen unter der Masse des Volkes, unter Männern, Frauen, Alten und Jungen ist zu fordieren.
- d) Es sind Spezialkurse zu organisieren, um das Bildungsniveau der Befreiungskämpfer rasch zu heben.
- e) Die Mädchen Mozambiques sollen dazu ermuntert werden, wenigstens die Grundschule zu absolvieren.
- f) Bei jeder Schule sollen Produktionszentren für die Selbstversorgung geschaffen werden.
- g) Den Studenten soll ermöglicht werden, zeitweilig ihre Studien zu unterbrechen, um an den Lern- und Alfabetisierungskampagnen teilzunehmen.
- h) Es soll die Aufgabe aller Studierenden Mozambiques sein, immer wenn es notwendig ist, an den verschiedenen Aufgaben des bewaffneten Kampfes für die nationale Befreiung teilzunehmen.
- i) Die Entwicklung und Vermehrung von Schulen für die politische Ausbildung soll gefördert werden.

C Gesundheitswesen

- a) Es sollen in großem Umfang überall in der Welt Kampagnen eingeleitet werden, um Medikamente und klinische Ausrüstungsgegenstände zu erhalten.
- b) In den Gebieten, die allmählich befreit werden, sollen medizinische Zentren eingerichtet werden.
- c) Der Transport von Medikamenten soll in den verschiedenen Regionen organisiert werden.

(Aus: frelimo - Information, bulletin de la representation en algerie, janvier 1969)

OFFENER BRIEF AN BUNDESKANZLER WILLY BRANDT

Ehrenwerter Herr
Willy Brandt!

Sie werden wahrscheinlich sehr erstaunt sein, diesen Brief zu erhalten. Wir selber haben gezögert, bevor wir die Initiative zu diesem Brief ergriffen haben - einige von uns waren gegen diesen Vorschlag und sagten, daß er nutzlos sei, denn eine Regierung wie die Ihre, die so eng mit unseren Feinden verbunden ist, könne allein durch Briefe nicht veranlaßt werden, ihre Position zu ändern. Aber nach einigen Diskussionen entschlossen wir uns, Ihnen dennoch zu schreiben. Wir, die wir für den Sieg der Gerechtigkeit kämpfen, vertrauen fest auf den guten Willen der Menschen; wir glauben, daß, wenn sie falsch handeln, der Grund darin liegen kann, daß sie nicht die Wahrheit, die Realität kennen. Und deshalb sehen wir es als unsere Pflicht an, ihnen ihr falsches Verhalten zu erklären und sichtbar zu machen.

Herr Kanzler, Ihr Land steht in der vordersten Front jener Länder, die den portugiesischen Kolonialismus unterstützen. Mit Waffen, Soldaten, technischer Hilfe und Investitionen. Und das ist es offensichtlich, was die Beziehungen zwischen unserem Volk und Ihrer Regierung besonders distanziert und schwierig macht. Distanziert - denn wer kann die Distanz zwischen dem Herkunftsland der Flugzeuge abschätzen, die Bomben werfen, und dem Volk, auf das sie fallen? Schwierig - denn das einzige, was unser Volk von Westdeutschland kennt, sind die Markierungen auf Waffen, Flugzeugen und Munition. In neuerer Zeit hat sich uns ein weniger militaristischer, aber ebenso abstoßender Aspekt Ihres Landes gezeigt: es sind die Namen jener Firmen, die hierhergekommen sind, um an den kolonialistischen Projekten zu partizipieren.

Eure Exzellenz, es ist kein Zufall, daß Ihr Land heute von der Gesamtheit der afrikanischen Staaten verurteilt wird, die in der OAU (Organisation für die Einheit Afrikas) vertreten sind. Das Verhalten Ihres Botschafters in Tansania war sehr unpassend, als er versuchte, solchen Verurteilungen dadurch entgegenzutreten, daß er sagte: "Warum werden wir angegriffen, wo wir doch nicht das einzige Land sind, das Handelsbeziehungen zu Südafrika hat." Dies ist offensichtlich ein lächerliches Argument eines Mannes, der keine Worte finden kann,

um das zu verschleiern, dessen er sich selbst schämt. Es ist ebenso ein Ausweichen vor der Verantwortung.

Aber Ihr Botschafter ging noch weiter: als er sich in einem revolutionären afrikanischen Staat aufhielt, dessen Politik sich in vollkommenem Gegensatz zu der seiner Regierung befindet, und sah, daß das Image seines Landes getrübt ist, erklärte er, um dies wiedergutmachen, daß "Westdeutschland Befreiungsbewegungen wie die FRELIMO unterstützt, wenn auch nur moralisch."

Wir möchten Ihnen empfehlen, Herr Kanzler, daß Ihr Botschafter angehalten wird, seine Worte gut abzuwägen, bevor er sie ausspricht. Denn wir könnten in Versuchung geraten zu fragen, wann, wo und wie die westdeutsche Regierung zu irgendeinem Zeitpunkt die FRELIMO irgendwie - wenn auch nur moralisch - unterstützt hat. Und, da die Antwort negativ ausfällt, würde dies Ihren Botschafter grob unverantwortlich erscheinen lassen - was ein besonders schwerer Angriff auf einen Botschafter ist.

Jedoch ist es jederzeit möglich, mit dieser Unterstützung zu beginnen. Genau in diesem Moment verwickelt sich Westdeutschland in ein größeres Abenteuer mit dem kolonialistischen Portugal in Mozambique. Sie können Ihre Glaubwürdigkeit dadurch beweisen, daß Sie es beenden.

Wir beziehen uns auf die Beteiligung der westdeutschen Firma Siemens an dem Bau des Cabora-Bassa-Staudammes in Mozambique. ASEA aus dem sozialdemokratischen Schweden und English Electric aus dem von Labour regierten Großbritannien wurden aufmerksam (oder von ihren Regierungen aufmerksam gemacht) auf die Implikationen des Cabora-Bassa-Projektes für die Konsolidierung der Macht der weißen Minderheiten im südlichen Afrika; und sie zogen sich aus dem Konsortium zurück. Dieses Projekt beweist in der Tat unwiderlegbar, daß die massiven Investitionen in den portugiesischen Kolonien dazu dienen, die koloniale Herrschaft in unseren Ländern aufrechtzuerhalten. Im Gegensatz zu dem Beispiel, das jene beiden Firmen gegeben haben, ist Siemens bereitwillig an ihre Stelle getreten. Wir sind über die Logik von Siemens nicht überrascht - schließlich sind ASEA und English Electric nicht freiwillig zurückgetreten.

Aber was uns überrascht hat, war das absolute Schweigen von Ihnen und von Ihrer Regierung; daß Sie nichts zu sagen hatten, während sich in den sozialdemokratischen Parteien Schwedens und Englands starke Stimmen gegen dieses Pro-

jekt erhoben. Ihr Schweigen ist es, was uns erstaunt: welches ist die Meinung Ihrer Sozialdemokratie? Sogar der Bruch der von der UNO gegenüber Rhodesien beschlossenen Sanktionen hat Sie nicht beeindruckt - das ist es, worin uns eine Regierung täuscht, die beansprucht, entschieden für "Gesetz und Ordnung" einzutreten. Heißt das, daß die Politik der vorigen Regierung fortgesetzt wird?

Eure Exzellenz, Sie sind zweifellos darüber informiert, daß Ihr Land im letzten Jahr drei Kriegsschiffe an Portugal geliefert hat, die auf Ihrer Schiffswerft "Blohm und Voss" in Hamburg gebaut wurden. Es sind dies die größten Schiffe, die seit dem zweiten Weltkrieg in Westdeutschland gebaut wurden. Ihr Wert beträgt 40 Millionen Dollar. Eingesetzt werden sie in den Kolonien - gegen unser Volk. Die westdeutsche Regierung wußte dies, bevor sie geliefert wurden. Die Portugiesen machten daraus kein Geheimnis; in ihrem Magazin "Marinerundschau" gaben sie am 31. Mai 1969 bekannt, daß sie eines der drei Kriegsschiffe bereits von Westdeutschland erhalten haben und daß "diese Schiffe mit eigenen Hubschraubern und für den intensiven Einsatz in den Überseeprovinzen ausgerüstet sind; sie sollen nicht nur unsere Flotte von Patrouillenbooten und Barkassen dort unterstützen, sondern auch verschiedene hoheitliche Maßnahmen durchführen ..." Sie wurden von der Regierung Kiesinger geliefert, die Ihrer Regierung vorausging. Wir waren nicht überrascht. Aber von Ihnen erwarten wir eine andere Haltung.

Exzellenz, wir bitten Sie, diese Fakten zu überprüfen. Die Freundschaft zwischen unseren Völkern, zwischen dem westdeutschen Volk und den Völkern Afrikas, ist viel mehr wert als einige Millionen Mark, die Ihnen das Siemens-Geschäft zusätzlich einbringt.

Gleichzeitig bitten wir Sie, Ihre ganze Politik der Kolonialmacht Portugal gegenüber zu überprüfen. Es ist höchste Zeit, der Allianz zwischen dem faschistischen Portugal und Ihrem Land - einer Allianz, die begann, als die portugiesische Regierung nach Hitlers Tod die Flaggen auf halbmast setzte - ein Ende zu machen. Es ist Zeit, daß Ihre Regierung aufhört, die tragische Infamie fortzusetzen, die Rolle des ergebenen Dieners und gierigen Investors in rassistischen Minderheitsregimes zu spielen. Es ist Zeit, daß sich die Deutsche Mark, die Sie erst kürzlich auf dem Finanzmarkt aufgewertet haben, nicht mehr mit Blut und Leid befleckt.

Dar es Salaam, 19. März 1970

(Aus: Mozambique Revolution - Official
organ of the Mozambique Liberation
Front (FRELIMO), January - March
1970, Nr.42)

ARMANDO GUEBOZA BERICHT ÜBER DEN BEFREIUNGSKAMPF IN MOZAMBIQUE

Am 25. September 1964 griff eine kleine Gruppe von Frelimokämpfern in der Nacht den portugiesischen Verwaltungsposten von Chai, in der Provinz Cabo Delgado an. Auf diese Art fiel eines der unzähligen Symbole kolonialer Ausbeutung und Unterdrückung durch die Stärke unserer nationalen Streitkräfte.

Die Periode, in der der koloniale Mythos der Unbesiegbarkeit zu gelten schien, war endgültig vorbei: das Volk von Mozambique hatte seine Waffen gegen die kolonialen Usurpatoren erhoben und begann seinen nicht aufzuhaltenden Weg in die Unabhängigkeit.

Dieser 25. September, aus den gleichen Empfindungen und Erfahrungen hervorgegangen wie der 4. Februar in Angola und der 3. August in Guinea, war der Wendepunkt von Jahren kolonialer Ausbeutung, die durchsetzt waren von wiederkehrenden Volksaufständen, denen regelmäßig verstärkte Repressionen folgten.

Seit dem Ende der 20er Jahre, als die Niederwerfung des von Makombe von Barwe geführten Aufstandes die zeitweilige Unmöglichkeit jedes bewaffneten Widerstandes gegen die koloniale Invasion bedeutete, ist das Volk von Mozambique gewaltsamer Enteignung, schamloser Ausbeutung, Verweigerung aller politischen und sozialen Rechte, Zwangsarbeit, Einkerkierung und tiefster Demütigung ausgesetzt gewesen, die nur von Zeit zu Zeit unterbrochen wurden durch die Flammen des Aufstandes, die sich von der Wut des Volkes nährten. Mueda, Xinavane, Machanga und Lourenco Marques sind Orte, die Zeugnis geben von diesen Erhebungen, die jeweils blutig niedergeschlagen wurden, jedoch zeigten, daß das Volk, obwohl unbewaffnet, die Zustände nicht länger

ertragen wollte. Auf diese Erfahrungen ist es zurückzuführen, daß der bewaffnete Kampf in den Augen unseres ganzen Volkes den einzigen Weg darstellt, auf dem wir Freiheit und Unabhängigkeit gewinnen können.

So wurde unsere Organisation - unter der Führung von Präsident Eduardo Mondlane - geschaffen durch den Zusammenschluß von drei bereits bestehenden nationalistischen Organisationen (MANU, UDENAMO, UNAMI). Sie machte sich die Intensivierung der Mobilisations- und Organisationsarbeit und die Ausbildung unserer ersten politisch-militärischen Kadaver zur Hauptaufgabe. Der neue und entscheidende Faktor war, daß erst nach der Gründung der FRELIMO das Volk von Mozambique eine in ihrer Basis sowie in ihrer Perspektive effektive und wirklich nationale Organisation hatte, durch die es den Kampf entfalten konnte.

Die ersten 200 Kämpfer, die den direkten bewaffneten Kampf gegen die Portugiesen aufnahmen, haben mit ihren Schüssen mehr aufgebaut als sie zerstört haben: sie gaben uns vor allem Selbstvertrauen und nahmen uns den bitteren Geschmack vergangener Niederlagen und der Ohnmacht angesichts der Unterdrückung; sie gaben uns die Gewißheit, daß die Zukunft, die wir nun in den Händen hielten, siegreich sein würde.

Obwohl der bewaffnete Kampf, der mit kleinen Sabotageakten und Überfällen begann, es uns ermöglicht, die feindlichen Bewegungen zu begrenzen, so daß wir die Organisation unserer Kräfte verbessern und nach und nach der portugiesischen Armee immer mehr und härtere Schläge versetzen konnten; obwohl heute, fünf Jahre später, weite Gebiete unseres Landes von kolonialer Herrschaft befreit sind, lassen sich unsere Erfolge nicht allein zahlenmäßig bestimmen.

Denn in den befreiten Gebieten von Cabo Delgado, Niassa und Tete wird eine neue Lebensform geschaffen, Deshalb muß der Erfolg unserer Tätigkeiten primär anhand des Bewußtseins der Massen in unserem wiedergewonnenen Land geprüft werden.

Dieses Bewußtsein spiegelt sich wieder in dem Eifer und Enthusiasmus, mit dem die Bevölkerung ihre Aufgaben durchführt. Das bezieht sich sowohl auf den Einsatz in der Miliz und den Gütertransport, als vor allem auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und des Handwerks.

Am wichtigsten ist hier das Bewußtsein, mit dem diese Arbeit aufgenommen wurde; ein

Resultat der Befreiung von den in der Kolonialzeit auferlegten Zwängen und der Gewißheit, nur für das Wohl des Volkes zu arbeiten. Die Parole "Die Produktion entwickeln, um die ökonomische Selbstversorgung der FRELIMO in höchst möglichem Umfang sicherzustellen" wird gut verstanden und von unserem Volk in die Praxis umgesetzt. Heute arbeiten beide, die zivile Bevölkerung und die militärischen Einheiten an der Kultivierung großer Mais-, Cassava- und Reisfelder, trotz zweifelnder und systematischer Versuche des Feindes, die Ernte zu zerstören und das Volk zu zwingen, sich den Gebieten zuzuwenden, die noch unter der Kontrolle des Feindes stehen.

Gleichzeitig beginnen wir mit dem Anbau neuer Agrarprodukte, die für den Export geeignet sind, wobei wir neue Methoden anwenden, die wir durch Erfahrungen in verschiedenen Teilen unseres Landes gelernt haben. Wir haben jetzt eine große Zahl von Produkten, mit denen wir im Austausch für einige notwendige Manufakturwaren wie z.B. Textilien, landwirtschaftliche Werkzeuge und Seife, Außenhandel treiben können.

Es ist ermutigend sagen zu können, daß einige der Produkte, die wir zu Beginn des Kampfes einführen mußten, heute im Land selbst hergestellt werden. Dies ist das Ergebnis der Einführung neuer Techniken und der Entwicklung traditioneller Fertigkeiten, z.B. in der Herstellung von landwirtschaftlichen Werkzeugen und von Seife, die aus den Wurzeln oder der Rinde bestimmter Bäume gemacht wird.

Alle diese spezifischen Notwendigkeiten gibt es noch, weil das Volk, als es für den Profit der Kolonialisten arbeitete (der zwangsweise Anbau von Baumwolle ist ein typisches Beispiel) seine eigenen traditionellen Produktion aufgeben mußte und sich auf die von den Siedlern eingerichteten Buschläden verlassen mußte. Als der bewaffnete Kampf begann, evakuierte die Kolonialarmee alle Händler aus dem Kampfgebiet, so daß die Bevölkerung plötzlich von lebensnotwendigen Gütern abgeschnitten war. Es war beabsichtigt, unserem Volk, da es sich weigerte, in die "geschützten Dörfer" (die portugiesische Version der Wehrdörfer) zu gehen, zusätzliches Leid zuzufügen.

Unser Ziel in der ersten Phase war es, trotz der Bombardements und der Bodenangriffe der portugiesischen Armee die Produktion auf gleichbleibender Stufe aufrechtzuerhalten. In der zweiten Phase hieß es, die Produktion im allgemeinen zu entwickeln und gleichzeitig unseren internen Handel zu organisieren.

So konnte sich die Bevölkerung an der Küste unter dem Schutz der Guerilla-Kräfte und der Miliz auf die Produktion von Salz und auf Fischfang spezialisieren - ebenso wie die Bevölkerung, die in der Nähe von Seen lebt. Sie konnten diese Güter gegen Produkte, die in anderen Gebieten produziert werden, austauschen.

Schließlich ist ein System von FRELIMO-Läden eingerichtet worden, um den Export von landwirtschaftlichen Überschüssen in verschiedene Länder und den Import solcher Produkte, die noch nicht oder nicht in ausreichenden Mengen im Inland hergestellt werden können zu organisieren.

Die schwierige Kriegssituation hat uns davon nicht abhalten können, und die Verärgerung des Feindes, daß wir durch die FRELIMO-Läden unserem Volk ein Existenzminimum garantieren können, ist sicherer Beweis für unseren Erfolg.

Dies gilt auch für andere Aspekte unserer nationalen Wiederaufbauarbeit; besonders die Schulen und Krankenhäuser, welche in großem Umfang aufgebaut wurden, sind Opfer heftiger Bombardements der Portugiesen. Dies hat jedoch nicht den Aufbau von mehr als 150 Schulen in den befreiten Gebieten verhindern können, die von über 20.000 Kindern besucht werden. Dies war schon immer ein Wunsch unseres Volkes, für das Kolonialismus immer nur Rückschritt bedeutete, und ist für die Entwicklung der befreiten Gebiete und die Ausweitung unseres Kampfes unbedingt notwendig.

Unsere Schulen sind meist Tagesschulen, aber in den Regionen mit geringer Siedlungsdichte haben wir auch Internate. Unsere Haltung zu Erziehung und Unterricht basiert auf den praktischen Bedingungen unseres Landes sowie auf den gegenwärtigen Notwendigkeiten. Die Lehrpläne zielen darauf ab, das unabhängige Denken bei den Schülern zu wecken, und sie zu befähigen, verschiedene Situationen innerhalb einer konstruktiven Gesamtperspektive zu verstehen, um die Entwicklung unseres Landes voranzutreiben; ein praktischer Teil dessen ist das Studium von Agrartechniken, welche bereits nach einer kurzen Studiendauer verwertbar sind.

Aber unsere Schulen haben auch eine besonders wichtige Funktion als Zentren des Zusammenlebens von Kindern aus verschiedenen Landesteilen. Sie bilden kraftvolle Katalysatoren, und sind ein dynamisches Element im wachsenden Nationalbewußtsein, auch durch das Zusammentreffen von verschiedenen Kulturen: bei Tänzen, Spielen und anderen neuen Akti-

vitäten.

Die Organisation und Leitung der Schulen gehören auch zu dieser neuen Perspektive; obwohl sie von der örtlichen Bevölkerung und den Guerillabasen unterstützt werden, müssen die Schüler sich selbst um den Bedarf der Schule kümmern, angefangen beim Bau der Klassenzimmer, beim Schwärzen der Schultafel bis zu regelmäßiger landwirtschaftlicher Arbeit. Der soziale Stellenwert der Schule kann so klar erkannt werden, vor allem von den Schülern selbst.

Natürlich gibt es hier und da noch nicht überwundene Schwierigkeiten, zum Beispiel das ungenügende Verständnis für die Erziehung der Mädchen, die gegenüber den Jungen noch immer als minderwertig angesehen werden. Es ist die Aufgabe unserer Politikommissare und der Lehrer, den Eltern, die noch in dieser Tradition befangen sind, zu erklären, warum ihre Töchter zur Schule gehen sollten.

Unsere Frauenabteilung spielt eine besondere Rolle. Ihre Existenz als solche ist ein klarer Beweis, daß die Gleichheit, von der wir reden, in die Praxis umgesetzt worden ist; sie hat viel Arbeit im nationalen Befreiungskampf zu leisten. Eine spezielle Aufgabe, die sie zusammen mit der Miliz wahrnimmt, ist der Schutz der Zivilbevölkerung und, wenn immer möglich, der Guerillas bei der Feldarbeit. Allgemeiner gesagt bedeutet dies, die Sicherung der Gebiete hinter der Frontlinie. Dazu kommt die Mobilisierung anderer Frauen und ihre Eingliederung in die verschiedenen Aufgaben, die die Frauen Mozambiques als ihren Beitrag zum Kampf durchführen können. Die Frauen übernehmen ihre Verantwortung als Staatsbürger von Mozambique. Heute, drei Jahre nach der Gründung der Frauenabteilung, sitzen zwei weibliche Kämpfer im ZK der FRELIMO, wo sie wertvolle Arbeit leisten.

Aber die aktive Teilnahme der Bevölkerung, die der Schlüssel für das neue Mozambique ist, wird auf einer noch allgemeineren Ebene, nämlich den tatsächlichen Strukturen des Dorfes, deutlich. Die Dorfversammlungen beschließen, in Zusammenarbeit mit dem Politikommissariat alle Angelegenheiten des Dorfes und legen ihre Beschlüsse dem dörflichen Exekutivkomitee vor, das für die Leitung des dörflichen Lebens verantwortlich ist. Jeder Mozambiquaner fühlt sich heute direkt mit dem Fortschritt seines Landes und dem Kampf verbunden, und daß dies sich in den völlig demokratischen Strukturen zeigt, ist für uns ein großer Sieg über den Kolonialismus und auch unsere eigenen Schwä-

chen.

Obwohl wir ein Netz von Sanitätsstationen in den befreiten Gebieten aufbauen konnten, obwohl wir Impfkampagnen durchführten, obwohl wir generelle Gesundheitsfürsorge betreiben, ist gerade auf diesem Gebiet das Fehlen von Ausrüstung, Medikamenten und ausgebildetem Personal am stärksten spürbar. Im Namen der internationalen Solidarität haben wir gerade im benachbarten Tansania das Dr. Americo Boavida Hospital erbaut zu Ehren des tapferen Kämpfers aus Angola, der im Kampf fiel. Unsere Aktivitäten dürfen hier jedoch nicht enden. Sie müssen sich auf neue Regionen ausweiten und dort, wo wir bereits operieren, eine höhere Stufe erreichen. Der bewaffnete Kampf findet heute, nachdem im März 1968 die Front, in der wichtigen Provinz Tete wiedereröffnet wurde, bereits in mehr als einem Drittel unseres Landes statt.

Aus diesen kleinen Aktionen, an denen nur ein paar Dutzend Kämpfer beteiligt waren, hat sich eine Volksarmee mit mehr als 10.000 ausgebildeten Kämpfern entwickelt; Artillerieeinheiten beseitigen zusammen mit der Infanterie die Reste portugiesischer Präsenz in den befreiten Gebieten. In den Provinzen Cabo Delgado und Niassa haben wir große Attacken gegen portugiesische Militärfestungen unternommen, wobei eine große Anzahl zerstört wurden.

Diese Ergebnisse kamen nicht ohne Schwierigkeiten zustande. Als der Feind auf dem Schlachtfeld erfolglos wurde, begann er gezielt zu morden, um die revolutionäre Führung unserer Organisation zu liquidieren. Diese kriminelle Strategie offenbarte Widersprüche bei uns selbst, welche die gegensätzlichen Interessen der Werktätigen einerseits und einer kleinen Gruppe neuer Ausbeuter andererseits widerspiegeln.

Für die überwältigende Mehrheit unseres Volkes ist unser Kampf revolutionär, d.h. gerichtet gegen die Wurzeln jeder Ausbeutung, mit dem Ziel, eine neue, soziale Ordnung zu schaffen, die vom Volk getragen wird; im Gegensatz dazu sind für eine Handvoll von Individualisten der Kampf und die Opfer unseres Volkes nichts weiter als ein Mittel, eine neue Ausbeuterklasse anstelle der Kolonialisten an die Macht zu bringen.

Dies war das Ziel der Operationen der Kavandame, der Simango und ähnlicher Elemente, die die Massenbasis unseres Kampfes, und seine Orientierung an den Interessen der großen

Masse des Volkes infrage stellten, und mit der FRELIMO brachen, nachdem es ihnen nach der Ermordung unseres Präsidenten am 3. Februar 1969 nicht gelungen war, die Führung unseres Kampfes an sich zu reißen.

Wie hat nun der Feind auf unsere Tätigkeit reagiert?

Einerseits, indem die Unterdrückung verschärft wurde, andererseits unter Zuhilfenahme einer psychologischen Waffe aus dem Arsenal des französischen Kolonialismus in Algerien, und des amerikanischen in Vietnam, indem durch Stammes- und Rassenvorurteile Unruhe und Unzufriedenheit gesät wurde. Aber vor allem ist der Feind zu ausgedehnter Kooperation mit den weißen Mächten im Süden Afrikas, Südafrika und Rhodesien übergegangen. Die südafrikanische Allianz kann, vor allem was Mozambique betrifft, nur gänzlich verstanden werden, wenn man die engen ökonomischen, politischen und - im weitesten Sinn des Wortes - kulturellen Bindungen in betracht zieht, welche die Siedlerminoritäten in Südafrika, Rhodesien und Mozambique verbinden. Nur zum Profit der Kolonialisten errichtet, bedeutet Kooperation in diesem Teil Afrikas die Stärkung eines Brückenkopfes zur Rekolonisation des afrikanischen Kontinents. Der Effekt wird jetzt schon gefährlich spürbar, durch die Drohungen und gleichzeitigen Verführungsversuche gegenüber afrikanischen Staaten in dieser Gegend.

Das dritte Element in der portugiesischen Taktik ist das Hineinziehen des internationalen Kapitals in die Ausbeutung der Kolonien, damit, wie der portugiesische Außenminister sagte "es mehr der Verteidigung unserer Übersee-Provinzen verpflichtet wird". Es ist bezeichnend, daß nach dem Beginn des bewaffneten Freiheitskampfes die portugiesische Regierung den Erlaß Nr. 46412 herausgab, welcher den freien Transfer von Aktien, Dividenden und Gewinnen aus hier investierten Auslandskapital sichert, sowie die Möglichkeit zu unbegrenzter Repatriierung dieses Kapitals. Nichts als diese Einladung zur Plünderung, welche eine unausweichliche Folge der Internationalisierung unseres Kampfes ist, kann klarer zeigen, worum es geht. Ein Paradebeispiel ist der Staudamm von Cabora-Bassa, welcher gleichzeitig die zwei Momente kolonialer Politik in Mozambique aufzeigt: die ökonomische Stärkung der weißen Mächte im Süden Afrikas, und das Komplizentum des internationalen Kapitals bei der Erhaltung seiner kolonialen Präsenz in Afrika. Dieser Damm am Sambesi-fluß in der Provinz Tete ist ein essentieller

Teil der ökonomischen Integration der Allianz; er wird billigen Strom nach Südafrika, Rhodesien, Mozambique, Malawi und eventuell auch den anderen Ländern dieses Gebietes liefern. Der Bau und die Finanzierung, etwa 360 Mio Dollar, liegt in den Händen eines internationalen Konsortiums von südafrikanischen, französischen, westdeutschen und anderen Firmen.

Die schwerwiegendsten politischen Konsequenzen hätte jedoch der Plan, 1 Million neue weiße Siedler ins Land zu bringen, was die Gewinnung von 2.500 ha neukultivierten Landes ermöglichen würde. Niemand kann bezweifeln, daß diese Anzahl von Siedlern de facto einen menschlichen Damm gegen die Befreiung der Afrikaner nicht nur in Mozambique sondern in der ganzen Region, darstellen würde. Die strategischen Implikationen sind klar, der südafrikanische Premier Vorster sprach davon, daß "die Grenze Südafrikas jetzt am Sambesi" liege - aber davon abgesehen, wird durch dieses Projekt die wahre Natur von Investitionen unter der portugiesischen Flagge, als gegen unser Volk gerichtet, klar.

Ein Ergebnis, das schon sichtbar ist, ist z.B. die Teilnahme südafrikanischer Truppen bei Boden und Luftoperationen in der Provinz Tete. In weiterem Maßstab erhöhen die mit Portugal verbündeten Westmächte, besonders einige Mitglieder der NATO die Waffenlieferungen, ohne die - das kann nicht oft genug wiederholt werden - Portugal nicht den Krieg fortführen könnte.

Diese Einheit der Aggressoren erfordert gleiche Antwort in der Solidarität mit dem Befreiungskampf.
(...)

(Übersetzt nach den hektografierten Konferenzmaterialien)

Antimperialistisches
Informationsbulletin 3
enthielt u.a.

Dokumente der Solidaritäts-
konferenz von Rom

Amilcar Cabral: Die Macht
der Waffen

Resolutionen des 2. FRELIMO-
Kongresses

ANGOLA

INTERVIEW MIT

AGOSTINHO NETO

Fragen des Kampfes der Volksbefreiungsbewegung von Angola (MPLA) gegen das portugiesische Kolonialistenregime bilden den Inhalt eines Interviews, das der Präsident der MPLA, Dr. Agostinho Neto, kürzlich der Zeitung „Africasia“ gewährte. Einleitend skizzierte Dr. Neto die vorrangigen Aufgaben der Volksbefreiungsbewegung für 1970. Es gelte, die politisch-militärischen Strukturen der MPLA zu festigen und dabei Opportunismus, Disziplinlosigkeit und antidemokratische Arbeitsmethoden zu vermeiden sowie in der direkten Aktion gegen den ausländischen Okkupanten die Initiative zu ergreifen.

„Africasia“: Die Portugiesen rühmen sich, in den letzten Jahren große soziale Leistungen für die angolische Bevölkerung vollbracht zu haben. Wie steht es damit?

Agostinho Neto: Die portugiesischen Kolonialisten wurden unter dem Druck des Volkskrieges gezwungen, verschiedene Konzessionen zu machen. So mußten sie z. B. die Sprache und Kultur unseres Volkes im gesellschaftlichen Leben Angolas zulassen. Sie waren gezwungen, Angolesen in ihre angebliche Nationalversammlung und in ihren gesetzgebenden Rat aufzunehmen, obwohl die Macht in Wirklichkeit vom faschistischen Diktator Marcelo Caetano ausgeübt wird.

Die Beteiligung der Angolesen am gesellschaftlichen Leben der Städte ist bei weitem bedeutender als zu Beginn des bewaffneten Kampfes.

Alle diese Konzessionen wurden dank dem Volkskrieg, dank dem Kampf der angolischen Patrioten an der Front sowie in den Städten und Dörfern erzielt.

„Africasia“: Befürchten Sie nicht, daß diese Konzessionen die portugiesische Beherrschung „erträglicher“ machen und den Willen nach Unabhängigkeit schwächen könnten?

Agostinho Neto: Nein. Die Portugiesen befinden sich in einem Dilemma. Wenn sie dem Volk keine Bildung gewähren, keine Krankenhäuser bauen, keine Farbigen in die Armee, in die Verwaltung aufnehmen, wird der Volkswiderstand, wird die Mißbilligung der internationalen Öffentlichkeit zunehmen. Wenn die Portugiesen aber Offiziere, Ärzte, Ingenieure, Lehrer, Angestellte für die Verwaltung ausbilden, formen sie Kader für unseren Kampf. Wir können bestätigen, daß in Portugal ausgebildete Offiziere, Ärzte, Ingenieure und Lehrer aus Angola heute in den Wäldern mit der Waffe in der Hand das unabhängige Leben unseres Volkes aufbauen helfen.

„Africasia“: In welchem Stadium befindet sich der angolische Befreiungskampf? Gibt es befreite Territorien, und wie wird

das Leben in ihnen organisiert?

Agostinho Neto: Tatsächlich gibt es auf unserem Territorium bereits befreite Gebiete. Sie machen mehr als ein Drittel der Gesamtfläche aus. Diese Gebiete befinden sich im Norden und im Süden des Landes. Unsere Bewegung hat Grundsätze aufgestellt, um das freie Leben zu organisieren: Seit der Verlegung der führenden Organe der MPLA ins Innere des Landes wurden revolutionäre Bildungszentren (CIR), Grundschulen, medizinische Stützpunkte (SAM), Produktionsgenossenschaften und Konsumgenossenschaften, die Volkspolizei zur Selbstverteidigung sowie neue Verwaltungsstrukturen geschaffen. Es gibt sowohl eine Frauenorganisation als auch Jugend- und Pionierorganisationen. Diese Errungenschaften sind die Vorläufer der künftigen – von fremdländischem Einfluß völlig befreiten – angolischen Gesellschaft. Denn die MPLA kämpft nicht nur für nationale Unabhängigkeit, sondern gleichzeitig für die Emanzipation und die Würde des Menschen.

„Africasia“: Die Regierung Caetano gibt sich „liberal“ als das Salazar-Regime. Eröffnet dieser Umstand Aussichten für eine baldige Lösung der kolonialen Probleme?

Agostinho Neto: Nach dem politischen Tod Salazars versuchte der neue Diktator, sich ein „liberales“ Ansehen zu verschaffen. Doch die Demagogie Caetanos wurde schnell entlarvt. In Angola bedient er sich der Politik des zynischen Lächelns und des Napalmkrieges. Er gewährt einigen Angolesen bestimmte Vorteile. Gleichzeitig verstärkt er die Repressalien gegen das kämpfende Volk.

In Portugal nimmt die Unterdrückung durch die Polizei weiter zu. Das Minderheitsregime von Lissabon kommt nicht nur mit dem Willen der kolonial unterdrückten Völker in Konflikt, sondern auch mit dem portugiesischen Volk selbst. Die portugiesischen und ausländischen Monopole dehnten ihre Geschäfte weiter aus. Portugal wurde zu einem der bedeutendsten NATO-Stützpunkte.

„Africasia“: Die Kolonialisten behaupten, Portugal könne ohne seine Kolonien nicht leben. Wie verhält es sich damit? Wie sehen Sie ihre künftigen Beziehungen zu Portugal?

Agostinho Neto: Eine richtige Wirtschaftspolitik könnte die vor dem portugiesischen Volk stehenden Probleme lösen. In diesem Zusammenhang sei nur darauf verwiesen, daß in Portugal 500 Großbetriebe mehr Land besitzen als 50 000 Bauern. Letztere müssen mit einem erbärmlichen Einkommen leben. Das portugiesische Volk muß für den Kolonialkrieg teuer bezahlen. Er ist jedoch eine Quelle großer Profite für die Großkapitalisten.

Wer kommt für diese Ausgaben auf? Das

portugiesische Volk, das seine Söhne in den Krieg schickt, ihn bezahlt und jeden Tag mehr dafür bezahlen wird.

Portugal ist im Begriff, sein Territorium zu verpfänden. Ausländische Investitionen finden immer mehr Eingang, Militärstützpunkte werden errichtet. Franzosen, Amerikaner, Westdeutsche, Briten u. a. profitieren von der billigen Arbeitskraft in Portugal und in den Kolonien.

Es gibt zwischen dem portugiesischen und dem angolischen Volk keine grundlegenden Widersprüche. Nach Beendigung des Kolonialkrieges können zwischen unseren beiden Völkern gerechte Beziehungen im Geiste der Gleichheit und der Freiheit hergestellt werden. Wir freuen uns deshalb über den von den portugiesischen Demokraten organisierten Widerstand gegen Faschismus und Kolonialkrieg. Wir betrachten die mutigen gegen den Krieg kämpfenden Demokraten als unsere Freunde und Verbündete, mit denen wir in der Zukunft harmonische Beziehungen unterhalten können.

„Africasia“: Welche Stellung nimmt die MPLA innerhalb der angolischen Freiheitsbewegung ein?

Agostinho Neto: Wir haben erreicht, daß die Partisanenbewegung auf mehr als einem Drittel des Territoriums Fuß gefaßt hat. Wir dehnen sie allmählich auf die lebenswichtigen Zentren des Feindes aus. Tag für Tag wird die politische Massenorganisation in den Stadtzentren stärker. Ferner erzielten wir diplomatische Siege. Innerhalb der Organisation der Afrikanischen Einheit wird unsere Bewegung von der überwiegenden Mehrheit der afrikanischen Länder und der anticolonialistischen Welt anerkannt. Während der letzten Tagung des Befreiungskomitees der OAU wurde die MPLA als die einzige wirksame Kraft im Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus in Angola bezeichnet. Sie allein wird also die Unterstützung und den Beistand aller afrikanischen Länder erhalten.

Alle Kämpfer der MPLA werden mit der Waffe in der Hand so lange auf Wacht stehen, bis der letzte portugiesische Kolonialist unser Land verlassen hat. Das Jahr 1970 hat ein neues Jahrzehnt eingeleitet, das die günstigsten Perspektiven für den nationalen Befreiungskampf unseres Volkes eröffnet.

(Aus: horizont 23/1970)

CHILE

Offizielle Bezeichnung: República de Chile

Territorium: 741 767 km².

Bevölkerung: 9 268 584 Einwohner (1. 9. 1970). Davon sind etwa 65 Prozent Kreolen (Nachkommen von Europäern) und 30 Prozent Mestizen (Mischlinge zwischen Weißen und Indianern). Außerdem leben in Chile noch über 150 000 Indianer (Araukaner und kleine Reste der Feuerlandindianer).

Hauptstadt: Santiago de Chile (1966: mit Vororten 2,451 Mill. Ew.).

Amtssprache: Spanisch.

Administration: Der Präsident, der alle sechs Jahre gewählt wird, ist zugleich Regierungschef und Oberbefehlshaber der Armee. Bis zum 4. November amtiert noch Eduardo Frei Montalva (PDC – Christdemokratische Partei). Bei den Wahlen am 4. September 1970 siegte der Kandidat der „Unidad Popular“ (Volkseinheit) Dr. Salvador Allende Gossens vor dem Vertreter der rechten Kräfte, Jorge Alessandri Rodríguez. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhielt, muß der Nationalkongreß laut Verfassung innerhalb von 50 Tagen zwischen den beiden Erstplatzierten der Wahl eine Entscheidung treffen. In der Vergangenheit war immer der Wahlsieger bestätigt worden. Der Nationalkongreß besteht aus dem Senat (50 Mitglieder) und der Abgeordnetenkammer (150 Mitglieder).

Parteien und Organisationen: Der „Unidad Popular“ (Volkseinheit), die sich Anfang dieses Jahres auf den gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten Dr. Allende geeinigt hatte, gehören sechs Linksparteien Chiles an, darunter die Kommunistische Partei Chiles, die bei den Wahlen zur Abgeordnetenkammer im März 1969 16,6 Prozent der Stimmen und 22 Sitze erhalten hatte und auch im Senat über 6 Sitze verfügt. Die KP Chiles, die 1922 aus der 1912 gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei hervorgegangen war, gilt als die stärkste kommunistische Partei Südamerikas. Ihr Generalsekretär ist Luis Corvalán (vgl. horizont Nr. 28/69, S. 14/15).

Die Sozialistische Partei Chiles, die 1931 gegründet wurde, verfügt gegenwärtig über 15 Sitze in der Abgeordnetenkammer und fünf Sitze im Senat.

Die meisten Parlamentssitze innerhalb der „Unidad Popular“ kann die Radikale Partei (PR) aufweisen (24/9 Sitze). Die PR

wurde 1883 gegründet, fungierte ursprünglich als antiklerikale Partei des liberalen Bürgertums und war nach dem zweiten Weltkrieg an vielen Regierungen beteiligt.

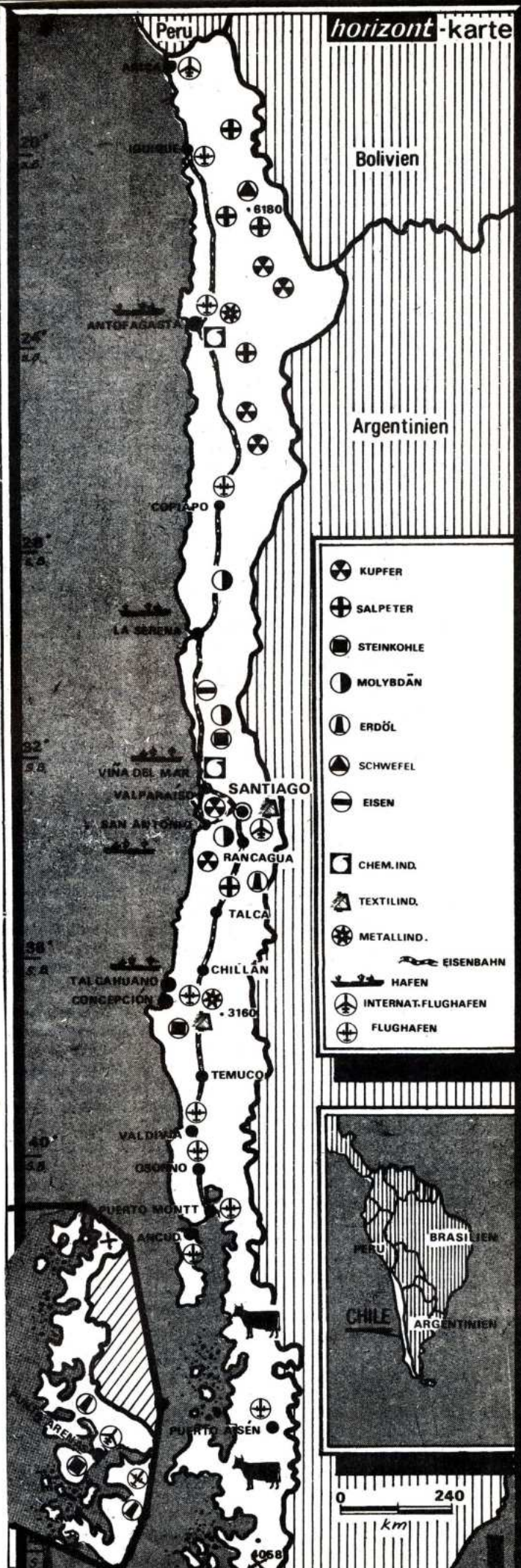
An der „Unidad Popular“ ist weiterhin die „Einheitliche Volksaktion“ (MAPU) beteiligt, eine von den Christdemokraten abgesplitterte Gruppierung, die „Unabhängige Volksaktion“ (API) und die „Sozialdemokratische Partei“ (PSD).

1953 wurde die „Einheitliche Gewerkschaftszentrale Chiles“ (CUT) gegründet, der heute 1,8 Millionen Werktätige angehören und in der die Kommunisten eine führende Rolle spielen. Die CUT unterstützt aktiv die „Unidad Popular“.

Der noch amtierende chilenische Präsident Frei stützt sich auf die Christdemokratische Partei (PDC), die vor allem von den Mittelschichten und dem Kleinbürgertum unterstützt wird und im Kongreß die größte Zahl von Sitzen innehat (56/22). Ihr Einfluß in Chile wuchs erst, als sie gegen Ende der fünfziger und zu Anfang der sechziger Jahre begann, sich formal zu demokratischen Forderungen wie Bodenreform und Enteignung der ausländischen Konzerne zu bekennen. Dieses Programm wurde jedoch nicht durchgeführt. Die Enttäuschung der PDC-Wähler hierüber wurde nun dem PDC-Präsidentschaftskandidaten Radomiro Tomic, der bei den Wahlen am 4. September weit hinter Allende und Alessandri zurückblieb, zum Verhängnis.

Der Großindustrielle Jorge Alessandri, der als „Unabhängiger“ kandidierte, wurde vor allem von der reaktionären „Nationalpartei“ (33/5 Sitze) unterstützt, die das typisch gewordene Interessenbündnis der Oligarchie von Großkapital, Großgrundbesitz und ausländischem Monopolkapital sowie von weiteren rechten Gruppierungen vertritt.

Wirtschaft: Chile gehört zu den ökonomisch am weitesten entwickelten Ländern Lateinamerikas. Sein Reichtum ist das Kupfer; schätzungsweise verfügt es über 34 Prozent der Weltkupfervorräte. Mit 650 000 t Jahresproduktion lag Chile 1969 an zweiter Stelle in der Welt. Für dieses Jahr ist eine Förderung von 865 900 t und für 1971 von 1,2 Mill. t geplant. Damit würde Chile die Förderquote der USA erreichen und mit Abstand zum größten Kupferexporteur der Welt werden. Andere wichtige Bergbauprodukte sind Molybdän,



Eisenerz (1968: 10,77 Mill. t) und Salpeter, dessen Bedeutung allerdings durch die chemische Stickstoffgewinnung ständig zurückgeht. Als einziges südamerikanisches Land kann Chile seinen Kohlebedarf selbst decken. Im Süden des Landes befinden sich kleinere Erdölfelder.

Das Kupfer, das drei Viertel der Devisenerlöse bringt, wird zum größten Teil von USA-Konzernen kontrolliert. Die Anaconda- und die Kenecott-Gesellschaft mußten zwar in den letzten Jahren je 51 Prozent ihrer Aktien dem Staat überlassen, erhielten dafür aber 200 Mill. bzw. 80 Mill. US-Dollar Entschädigung. Im chilenischen Bergbau sind etwa 1 Mrd. US-Dollar ausländisches Kapital investiert; mindestens 4 Mrd. US-Dollar des Nationaleinkommens wurden bisher allein von USA-Konzernen außer Landes gebracht.

Die Landwirtschaft trägt rund 16 Prozent zum Nationaleinkommen bei, wobei nur 2 Prozent der Gesamtfläche des Landes landwirtschaftlich genutzt werden. Zu neun Zehnteln gehört das nutzbare Land aber Großgrundbesitzern, die weite Flächen brachliegen lassen, so daß Chile landwirtschaftliche Produkte sogar einführen muß. Die 1965 beschlossene Bodenreform ist in den Anfängen steckengeblieben. Statt, wie geplant, 100 000 erhielten nur 23 000 landlose Bauernfamilien ein eigenes Stück Land zugewiesen. Polizei und Terrorbanden der Latifundistas gingen wiederholt gewaltsam gegen Bauern vor, die brachliegende Ländereien besetzt hatten. Großkapitalistische Wirtschaftspolitik in der Industrie, halbfeudale Ausbeutung auf dem Lande und ausländische Ausplünderung der chilenischen Wirtschaft vor allem durch USA-Monopole haben in Chile zu einer chronischen Krise geführt. Die Industrieproduktion stieg in den letzten Jahren nur noch um durchschnittlich 1,1 Prozent jährlich bei einem Bevölkerungszuwachs von 2,4 Prozent. Mit 1,3 Mrd. US-Dollar hat Chile die größte Auslandsverschuldung der Welt pro Kopf der Bevölkerung. Die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung stiegen allein 1969 nach offiziellen Angaben um 29,3 Prozent. Wegen der permanenten Inflation mußte der Escudo seit Kriegsende 20mal abgewertet werden.

Aktuelle Lage: Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen am

4. September (Allende: 36,30 Prozent der Stimmen; Alessandri: 34,98; Tomic: 27,84) widerspiegelt die Polarisierung der Klassenkräfte. Damit entschied sich mehr als ein Drittel der chilenischen Wähler für das Programm der „Unidad Popular“ (vgl. horizont Nr. 15/70, S. 25/26), das grundlegende Veränderungen im ganzen Land vorsieht. „Die einzige Alternative für das Volk und eine Volksregierung besteht darin, die Herrschaft der Imperialisten, der Monopole, der Oligarchie der Großgrundbesitzer zu beseitigen und den Aufbau des Sozialismus in Chile in Angriff zu nehmen“, heißt es darin. Die Arbeiterklasse sei stark genug geworden, den progressiven Kräften bei der Beseitigung der gegenwärtigen Machtverhältnisse voranzuschreiten. Der Staatsapparat, der bisher ein Instrument zur Unterdrückung des Volkes war, müsse umfassend demokratisiert werden. Nach der Entmachtung des Monopolkapitals und der Großgrundbesitzer soll eine Wirtschaftsplanung eingeführt und sollen die Grundindustrien und Banken nationalisiert werden. Unverzüglich werde die Agrarreform verwirklicht, für die soziale Sicherstellung aller Bevölkerungsschichten gesorgt und das Bildungsprivileg gebrochen. Die Außenpolitik einer chilenischen Volksregierung werde ant imperialistisch sein und die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes festigen. Die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern sollen erweitert und vertieft werden.

Schon im Wahlkampf hatten sich die rechten Kräfte, die ausländischen Monopole und der USA-Geheimdienst CIA gegen dieses progressive Programm verschworen. Mit der demagogischen Lösung „Arbeit – Ordnung – Sicherheit“ und einem wütenden Antikommunismus steuerte Alessandri eine Verfassungsreform und diktatorische Vollmachten an. Obwohl erst im Oktober vergangenen Jahres ein Militärputsch durch einen 36stündigen Generalstreik im Keime erstickt worden war, setzten reaktionäre Militärs neue Staatsstreichergerüchte in Umlauf. Das von den USA gestützte Militärregime in Argentinien verstieg sich sogar zu offenen Interventionsdrohungen. Dreimal innerhalb von zwei Tagen war Dr. Allende vor den Wahlen Attentatsversuchen entgangen.

Die jetzige Taktik der Reaktion und des Imperialismus ist darauf

gerichtet, im Lande ein Chaos heraufzubeschwören, die Amtsübernahme durch Dr. Allende und die Bildung einer Volksfrontregierung zu verhindern. Obwohl die gescheiterten Christdemokraten im Kongreß das Zünglein an der Waage sein werden, können die rechten Kräfte dort kaum mit einer Entscheidung zu ihren Gunsten rechnen. Auch der christdemokratische Kandidat Tomic war angesichts der Stimmung im Lande mit linken Lösungen in den Wahlkampf gezogen. Sollte sich die Mehrheit der Parlamentsfraktion jetzt für Alessandri entscheiden, wäre das Auseinanderbrechen der Partei nicht mehr aufzuhalten. Der Generalsekretär der KP Chiles, Luis Corvalán, hat während der Feiern in Santiago de Chile erklärt, es komme jetzt darauf an, die ganze Schöpferkraft des Volkes für die Verwirklichung des Programms der „Unidad Popular“ einzusetzen. Der historische Sieg in der Geschichte ganz Lateinamerikas sei durch den Kampf aller fortschrittlichen Schichten des Volkes, insbesondere durch die Arbeiterklasse erreicht worden und müsse durch diese auch gesichert werden.

(Aus: horizont 38/1970)

Wir werden in unserem nächsten Heft diese Kurzinformation durch eine ausführliche Dokumentation ergänzen.

PERU

Am 3. Oktober 1968 stürzte in Peru die Armee unter Führung von General Juan Velasco Alvarado die Regierung Fernando Belaundes und übernahm die Macht. Sehr bald zeigte sich, daß sich diese Entwicklung von anderen lateinamerikanischen Militärputschen grundlegend unterschied. Die Militärregierung führte eine Reihe bürgerlich-demokratischer Maßnahmen auf der Grundlage eines linken Nationalismus durch und geriet so in Konflikt mit dem US-Imperialismus. Trotz des heftigen imperialistischen Widerstandes verstaatlichte die Militärregierung die International Petroleum Company, nationalisierte das Nachrichtenwesen und bekämpfte den illegalen Devisentransfer. Am 24.6.1969 verkündete die Militärregierung eine grundlegende Agrarreform. Bereits kurz darauf erfolgten die ersten Enteignungen der Landoligarchie.

Anfangs vermied die Militärregierung die Mobilisierung der Volksmassen, bebraute sich damit einer wichtigen Stütze und bremste die Veränderung der Wirtschafts- und Sozialstruktur. In den letzten Monaten zeigen sich jedoch zunehmend Aktivitäten der Arbeiter und Bauern, womit sich für die weitere Entwicklung Perus neue Perspektiven eröffnen könnten.

Das Beispiel Perus zeigt, daß in Lateinamerika zunehmend neue gesellschaftliche Kräfte Anschluß an die anti-imperialistische Bewegung finden können, eine Entwicklung, die jüngst erst im Nachbarstaat Chile bestätigt wurde.

JORGE DEL PRADO (GENERALSEKRETÄR)

BERICHT AN DAS 26. PLENUM DES ZK DER PERUANISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Als wir im März dieses Jahres die Ereignisse seit Oktober 1968 als einen sich entwickelnden revolutionären Prozeß bezeichneten, gingen wir vor allem von der Verstaatlichung der IPC (International Petroleum Company - d. Red.) aus, dem ersten Schritt zur ökonomischen Befreiung vom imperialistischen Joch, sowie von dem Gesetz über die Agrarreform, das darauf gerichtet ist, die Macht der Latifundienbesitzer innerhalb der Oligarchie zu beseitigen. Das vorausgegangene Plenum, das die Bedeutung dieser beiden und anderer später getroffener Maßnahmen hervorhob, wies darauf hin, daß die Vertiefung derartiger Veränderungen „dem Land nicht nur die Möglichkeit gibt, die Wirtschaftskrise zu überwinden“. Es wies gleichzeitig darauf hin, daß trotz dieser Veränderungen in den Produktionsverhältnissen „die Oligarchie und der Imperialismus weiterhin die Kontrolle über bestimmte Schlüsselbereiche der Wirtschaft - Banken, Bergbau, Außenhandel, Fischereiwesen und verarbeitende Industrie - ausüben“. Diese Positionen stellen eine Stütze für konterrevolutionäre Umtriebe dar.

Agrarreform verändert sozialökonomische Struktur auf dem Lande

Die Agrarreform hat unter anderem nach der Ausschaltung der sogenannten „Agrarreform privater Initiative“ einen neuen Aufschwung genommen. Heute ist es möglich, die schädlichen Folgen dieser sogenannten Agrarreform auf der Grundlage der Gesetzesverordnung 18 296 vom 17. Mai d. J. zu überwinden. Ihr zufolge werden ab 31. Dezember d. J. die Gesellschaften von Eigentümern landwirtschaftlicher Güter ihre Arbeiter als Teilhaber betrachten, die sowohl an der Leitung und zu 50 Prozent am Einkommen beteiligt sind. Gleichzeitig haben die Eigentümer, deren landwirtschaftliche Nutzfläche dreimal so groß ist wie die landwirtschaftliche Einheit pro Familie, ihren Landarbeitern 10 Prozent des Gewinns zu zahlen. Das Gesetz zielt u. a. darauf ab, die Nahrungsgüterproduktion zu verbilligen. Gleichzeitig ermöglicht es die Übereignung der Produktionsmittel und -instrumente an die werktätigen Bauern. Es ist darauf gerichtet, eine normale landwirtschaftliche Produktion zu sichern und den Abfluß des Kapitals vom Lande zu vermeiden.

Das Charakteristikum der Agrarreform innerhalb der von uns analysierten Etappe ist die Verschärfung des Klassenkampfes in den Regionen des Landes, in denen mit der Verwirklichung der Reform begonnen wurde. Auf der einen Seite haben wir eine größere revolutionäre Energie und Bereitschaft der Bauern und der mit der Verwirklichung der Reform beauftragten Funktionäre, auf der anderen Seite einen größeren Widerstand der Latifundisten und ihrer Institutionen zu verzeichnen. Anlässlich des ersten Jahrestages dieses Gesetzes erklärte der Minister für Landwirtschaft, General Barandiaran: „Unser oberstes Ziel ist die Hebung des Lebensstandards der Bauern. An zweiter Stelle steht die Steigerung der Produktion und der Produktivität von Ackerbau und Viehzucht.“

Bis heute wurden 11 Bezirke mit rund 3 Mill. ha von der Bodenreform erfaßt; von diesen 3 Mill. ha wurden 1 Mill. an 34 000 Familien übergeben.

Es wird versichert, daß die Agrarreform in zwei Jahren das ganze Land erfaßt haben wird. Außerdem wurden am 24. Juni an Genossenschaften die überaus bedeutenden landwirtschaftlich-industriellen Komplexe Laredo, Tuman und Cayati übergeben. Die Veränderung der sozialökonomischen Struktur auf dem Lande trägt zur Überwindung der chronischen Krise in der Landwirtschaft bei. Das widerspiegelt sich in der Steigerung der Zuckerrohrernte des Jahres 1969 um 137 000 t und in einer bedeutsamen Erhöhung der Reisproduktion, wodurch der Import an Reis gänzlich eingestellt werden konnte. Dabei ist die Tatsache besonders wichtig, daß der Zuckerexport nicht mehr in den Händen der „Consortios de los Productores de Azúcar“ (einem Latifundienkonzern der Zuckerproduzenten - d. Red.), sondern in den Händen des Aufsichtskomitees für die Agrarreform, d. h. des Staates, liegt.

Aber weitaus wichtiger ist die Tatsache, daß die Regierung in den letzten drei Monaten eine Reihe von Maßnahmen getroffen hat und weitere vorbereitet, um der Oligarchie und den Imperialisten die Kontrolle, die sie heute noch über Schlüsselbereiche der Wirtschaft ausüben, zu entziehen.

Macht der imperialistischen Monopole eingeschränkt

Am 14. April wurde ein neues Berg-

baugesetz erlassen, das die Macht und die Möglichkeiten der imperialistischen Monopole, Peru verstärkt auszuplündern, beträchtlich einschränkt. Das Gesetz sieht den staatlichen Handel mit allen Erzen, einschließlich der von den drei größten US-Konzernen geförderten und verarbeiteten Erze, vor. Dieser Schritt soll mit der Errichtung einer Kupferhütte für 100 000 t und einer Zinkhütte für 50 000 t verbunden werden.

Hinzugefügt sei hier noch, daß das Nationale Fischereiuunternehmen gegründet wurde, dessen Aufgabe der staatliche Handel mit Fischmehl und -tran sowie die Entwicklung des Fischereiwesens für den Konsum ist. Dieses staatliche Unternehmen hat kürzlich alle Ausrüstungen und Geräte des „Consorcio Pesquero del Peru“ (des Peruanischen Fischereikonzerns – d. Red.), des Instruments der Oligarchie auf dem Fischereisektor, erworben. Um die volle Tragweite dieser beiden Schritte zu ermessen, sei hier darauf hingewiesen, daß Peru der größte Fischmehlproduzent der Welt ist und 25,5 Prozent seiner Deviseneinnahmen aus dem Verkauf dieses Produktes stammen. 100 000 Menschen (wenn nicht noch mehr!) leben in Peru vom Fischfang. Die Verhüttung von und der staatliche Handel mit Erzen bringen dem Staat nunmehr die Mittel ein, die bisher den US-Konzernen durch eine niedrige Notierung unseres Kupfers und durch den Weiterverkauf zu einem höheren Preis auf dem Weltmarkt Riesenprofite einbrachten. So werden jetzt dem Staatshaushalt z. B. aus dem staatlichen Handel mit Fischmehl und -tran 297 Dollar 3 Cents pro Tonne zugeführt. Früher waren es nur die Steuern, die sich nach Angaben der privaten Exporteure auf 96 Dollar beliefen. Eine sagenhafte Differenz, wenn man das Gesamtvolumen unserer Exporte auf diesem Gebiet berücksichtigt! Um in diesem Zusammenhang den Kapitalabfluß ins Ausland zu verhindern, wurde sofort das Gesetz Nr. 18 275 erlassen, demzufolge der Staat alle Geschäfte in ausländischer Währung kontrolliert.

Auf diese Weise konnte ein Anwachsen des disponiblen Kapitals für staatliche Investitionen sowie eine beträchtliche Erhöhung der Spareinlagen und der Einlagen auf laufenden Konten sowie der Fonds der Genossenschaften erreicht werden. Das alles belebt die Demokratisierung des Kredits und das Wirtschaftsleben und bestätigt unsere Auffassung, daß die tiefgreifende Konjunkturkrise, die sich unter Präsident Belaúnde auf Grund der Abwertung des Sol (peruanische Landeswährung – d. Red.) zugespitzt hatte, nur durch die Beseitigung der entsprechenden strukturellen Ursachen gelöst werden kann. Das Ergebnis der ersten Veränderungen ist bereits eine wesentliche Verbesserung der Zahlungsbilanz des Landes, eine Verdreifachung seiner Reserven an ausländischer Währung und ein günstiger Saldo der Handelsbilanz in Höhe von 265 Mill. Dollar im Jahre 1969.

Zwei weitere Maßnahmen unterstreichen die in dieser Etappe erzielten Fortschritte: erstens die Auflösung der

sogenannten Investitionsfirmen (es handelte sich hier um Gruppen von maskierten imperialistischen Betrügnern, die Geld der kleinen und mittleren peruanischen Sparer mit dem Lockmittel, ihnen auf leichte Art und Weise zu Gewinn zu verhelfen, in die USA brachten); zweitens – und das war eine weitaus wichtigere Maßnahme – der Aufkauf von 85 Prozent der Aktien der „Banco Popular“ durch die „Banco de la Nación“ nach erfolgter Notierung von 10 Prozent des Nominalwertes.

Es handelt sich bei diesen Maßnahmen noch nicht um die Verstaatlichung des Bankwesens, denn es bestehen weiterhin solche einflußreichen Großbanken wie die Kredit-, die Handelsbank usw., aber doch um einen schweren Schlag, der in diese Richtung zielt. Einen ähnlichen Inhalt hat der Entwurf eines neuen Industriegesetzes, der am 5. Mai veröffentlicht wurde und bald zum Gesetz erhoben werden wird. Wenn dieser Entwurf auch einem sehr starken Druck vor allem von seiten der „Nationalen Industriegesellschaft“ ausgesetzt ist, so scheint sich in seinen Artikeln doch der nationale und progressive Geist der „Velasco-Doktrin“ durchzusetzen. Es geht hierbei um die folgenden vier Forderungen, die der Präsident der Republik, Juan Velasco Alvarado, bei der Eröffnung des V. Kongresses lateinamerikanischer Industrieller aufstellte:

- a) Wahrnehmung des Rechtes des Staates über die Bodenschätze des Landes und die Schlüsselindustrie zu bestimmen;
- b) Anpassung der ausländischen Investitionen an die nationalen Interessen und Festsetzung einer Frist für die Zurückgewinnung des investierten Kapitals mit einem gemäßigten Gewinn, wonach es an den Staat übergeht;
- c) Achtung der Rechte und Forderungen der Werktätigen;
- d) Gewährleistung einer nichtmonopolistischen und mannigfaltigen industriellen Entwicklung, innerhalb derer sich parallel private, staatliche, genossenschaftliche Betriebe usw. entwickeln können. Schließlich sind auf dem Gebiet der internationalen Politik in der Zeit von März bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt verstärkte Bemühungen zu verzeichnen, eine lateinamerikanische Front der Regierungen gegen die Unersättlichkeit des USA-Imperialismus zu bilden. Eine Ausweitung der wirtschaftlichen, kulturellen und diplomatischen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern hat begonnen. Besonders hervorzuheben ist die brüderliche Annäherung an das sozialistische Kuba.

Das Erdbeben – die Feuerprobe

All das bisher Gesagte, aber auch viele andere Fragen müssen wir im Zusammenhang mit einem Ereignis sehen, ohne dessen Berücksichtigung wir die Konsequenz und Zielstrebigkeit jener Kräfte nicht richtig einschätzen können, die in der Regierung die strukturellen Veränderungen voranbringen. Wir meinen das furchtbare Erdbeben, von dem der Norden des Landes betroffen wurde. Es verursachte einen materiellen Schaden von über 507 Mill. Dollar und war die schlimmste aller bisherigen Naturkatastrophen auf dem

lateinamerikanischen Kontinent. Diese Katastrophe erreichte das Land zu einem Zeitpunkt, da sich die wirtschaftliche Lage des Landes noch nicht stabilisiert hatte und der Staatshaushalt im Zusammenhang mit der Agrarreform und der Finanzierung anderer Strukturveränderungen vor großen Aufgaben stand.

Somit wurde der Entwicklungsprozeß in unserem Lande einer schweren Prüfung unterworfen. Noch hatte das Land den Ballast der Staatsschulden zu tragen. Woher sollten da plötzlich die riesigen Summen für den Wiederaufbau genommen werden?

Nixon erklärte in seiner ersten Reaktion, daß er Peru helfen würde, wenn unsere Regierung ihn darum bitten würde... Ihn zu bitten wäre gleichbedeutend damit gewesen, uns vor der IPC und der sie schützenden Regierung zu verneigen und zu „Kompensationen“ ihr gegenüber bereit zu sein. Die Presse der Oligarchie fiel in diesen frechen und zynischen Chor ein und ließ durchblicken, daß diese die Veränderungen aufhalten und zusammen mit jenen, die Investitionen und Anleihen gewähren würden, ihren „Beitrag zum Wiederaufbau“ leisten würde. Aber unser Volk handelte solidarisch und brachte damit entschieden zum Ausdruck, daß es die nationale Unabhängigkeit nicht gegen ein imperialistisches Linsengericht zu verschachern wünscht. Die Regierung verteidigte voller Stolz die Würde der Peruaner.

Aber niemand kann leugnen oder vergessen, daß das erste Land, welches uns zu Hilfe eilte, das sozialistische Kuba war und daß es dies, ohne Mühen zu scheuen, als ein wahrer Bruder tat und auch heute tut. Wir Peruaner werden ebensowenig die Größe und den Nutzen des Beitrages des chilenischen Volkes mit seiner organisierten Arbeiterklasse an der Spitze vergessen. Wenn Kuba das erste Land war, so war die UdSSR das Land, das Peru die größte und am dringendsten erforderliche Hilfe gewährte. Diese Hilfe wurde unserem Volk bedingungslos, planmäßig und organisiert zuteil. Auch die Hilfe anderer sozialistischer Länder wie die der DDR blieb nicht aus.

Durch unser Volk ermutigt und durch diesen wahren Internationalismus angespornt, wählte unsere Regierung nicht den Weg zurück oder den des Abwartens, den der Imperialismus und die Oligarchie ersehnt hatten. Sie entschloß sich vielmehr, den richtigen und patriotischen Weg der strukturellen Veränderungen fortzusetzen.

Noch ernste Widersprüche und Mängel

Wir dürfen jedoch nicht glauben, daß alles in bester Ordnung sei. Nein! Eine wahrheitsgetreue und konstruktive Analyse der Ereignisse nach dem Monat März zeigt uns, daß es, vom antiimperialistischen und antioligarchischen Standpunkt aus betrachtet, in der Handlungsweise der Regierung noch ernste Widersprüche und Mängel gibt. Leider müssen wir noch einmal betonen, daß die Politik der Regierung in Arbeitsfragen und gegenüber den Universitäten weiterhin konservativ,

wenn nicht sogar reaktionär ist. Es ist beispielsweise unfassbar, daß die CGTP (zentrale Gewerkschaftsorganisation Perus – die Red.) noch immer nicht rechtlich anerkannt wird, obgleich schon lange kein Zweifel mehr daran besteht, daß sie die wahre und repräsentativste Klassengewerkschaft der peruanischen Werktätigen ist. Das Arbeitsministerium ist weit davon entfernt, dies anzuerkennen. In ihm wimmelt es noch von Beamten des alten Regimes, und es ergreift bis heute Partei für die Ausbeuter.

Auch bei den bereits erzielten Errungenschaften gibt es noch viel zu vervollständigen. Beispielsweise wird die Wirksamkeit der Agrarreform und der sie ergänzenden Gesetzesverordnung 18 296 durch die Resolution Nr. 481-70-TR eingeschränkt. Die genannte Resolution sieht in ihrem ersten Punkt die Schaffung einer Sonderkommission zur Sicherung „höchster Garantien“ vor. Es handelt sich hier um eine Kommission mit umfassenden Rechten, die die Eingaben gegen Entscheidungen in bezug auf das Antasten von Grund und Boden zu prüfen hat. Diese Resolution ist rechtswidrig, da sie sich über Maßnahmen des Arbeitsministeriums und selbst über das Agrarreformgesetz hinwegsetzt und eine Handhabe für die Großgrundbesitzer darstellt, die als einzige daran interessiert sind, die bereits vollzogenen Veränderungen zu revidieren. Eine ähnliche Inkonsistenz weist das Reglement für die Genossenschaften in jenem Teil auf, der vorsieht, daß Techniker, Verwalter, Angestellte und Landarbeiter in gleicher Anzahl den Verwaltungs- und Aufsichtskommissionen angehören sollen. Das heißt, die Arbeiter sollen in diesen Gremien in der Minderheit bleiben. Es ist unsere Pflicht, zur vollständigen Durchsetzung der Agrarreform beizutragen. Wir fordern, diese Gegenbestimmungen aufzuheben bzw. durch neue Anordnungen zu ersetzen. Mit der Durchführung der Agrarreform muß im ganzen Land begonnen werden, um deren umfassende Verwirklichung nicht länger hinauszuzögern.

Was das Bergbaugesetz betrifft, so sagten wir bereits, daß es nicht die von den drei großen Konzernen der Yankees genutzten Konzessionen berührt, die ein Teilmonopol über Kupfer, Zink, Blei usw. besitzen. Wir bestehen deshalb darauf, diese Verträge aufzuheben, die genannten staatlichen Betriebe zur Verhüttung von Erzen so schnell wie möglich zu errichten und den staatlichen Handel mit allen Erzen zu sichern. Die Gewinne der ausländischen Bergbauunternehmen sollten begrenzt und die Unternehmen gezwungen werden, die Gewinne im Lande zu investieren.

Was die Politik in der Frage des Bankwesens betrifft, so möchten wir wiederholen, daß die Stärkung der „Banco de la Nación“ durch das Aufkaufen der „Banco Popular“ und einige ihrer

wichtigsten Immobilien- und Industrieunternehmen noch keiner wirkungsvollen Verstaatlichung des Bankwesens entspricht. Noch müssen die mächtige Kreditbank, die Kontinentale Bank und andere kleinere Banken sowie die Zweigstellen der großen USA-Banken verstaatlicht werden. Solange das nicht geschieht, hat die Oligarchie eine starke Basis, von der aus sie operieren und konspirieren kann und von der aus der Imperialismus seine Polypen am Körper unserer Wirtschaft ansetzen kann.

Schließlich ist auch die Schaffung eines entsprechenden Erziehungsgesetzes eine nationale Forderung. Desgleichen ist die Ablösung des gegenwärtigen Universitätsgesetzes durch ein neues erforderlich, das den strukturellen Veränderungen Rechnung trägt und darauf ausgerichtet ist, an den Universitäten und Hochschulen Veränderungen zu fördern.

Auf dem Gebiet der Volksbildung und Kultur ist es dringend notwendig, die Instrumente der ideologischen und politischen Hetze, des Verrats, der Diversion und moralischen Erniedrigung – die privaten Rundfunk- und Fernsehstationen sowie die vaterlandsfeindlichen Presseorgane „La Prensa“, „Correo“ u. a. – zu beseitigen. Diese Organe müssen der direkten Kontrolle des Staates unterstellt und in den Dienst des Volkes und seiner Institutionen gestellt werden. Das Gesagte bestätigt die Richtigkeit unserer Feststellung, daß sich der Prozeß entwickelt und er vertieft werden muß.

Die Frage nach dem Charakter der Veränderungen

Wenn wir den zurückgelegten Weg und die mit jedem Schritt wachsende Dynamik betrachten, wer könnte dann leugnen, daß wir uns heute in einer Etappe tiefgreifender, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen mit revolutionärem Inhalt befinden.

Ausgehend vom Charakter der Revolution in Peru in ihrer gegenwärtigen historischen Etappe, zeigt sich, daß der Prozeß darauf gerichtet ist, den Hauptwiderspruch unserer Gesellschaft zu überwinden. Aber die Analyse führt uns unweigerlich zu der Frage: Womit die alten Strukturen ersetzen?

Die auf dem Gebiet der Wirtschaft bereits eingeleiteten Maßnahmen bedingen klar und deutlich die Stärkung des staatlichen Sektors der Volkswirtschaft und die sich daraus ergebende Verdrängung der privatkapitalistischen Wirtschaft auf den zweiten Rang.

Auch die vom neuen Industriegesetz aufgezeigte Perspektive bedeutet, daß die staatliche Wirtschaft vorherrschend sein wird, sofern in seinem Rahmen, wie man vermutet, die Forderungen der Velasco-Doktrin gebilligt werden. In der gleichen Weise führt die Tatsache, daß die Bodenreform weder in den halbfeudalen Latifundien der Anden noch in den Gütern des Urwaldes, in

denen fast Zustände der Sklaverei herrschen, sondern in den industrialisierten Zuckerrohrpflanzungen der Küste einsetzte, zu einer fortgeschrittenen strukturellen Veränderung im Vergleich zu einer typisch bürgerlichen Agrarreform. Bei den Produktionsverhältnissen dieses Sektors tritt der Mittelbauer nicht so sehr in den Vordergrund, sondern es sind vielmehr die aus Landarbeitern und Angestellten der Verwaltung zusammengesetzten agrarindustriellen Genossenschaften. Das bedeutet ganz offensichtlich, daß sich innerhalb der nationalen Wirtschaft der genossenschaftliche Sektor zum einflußreichsten entwickeln wird.

Die Tiefe dieses Umwandlungsprozesses und seine Auswirkungen, einschließlich der Tatsache, daß er von Militärs geleitet wird, zwingen uns, ihn theoretisch und politisch tiefgreifender zu analysieren. Wir müssen z. B. klären, welchen Entwicklungsweg dieser Prozeß nimmt und wohin er tendiert, desgleichen, welche Klassenposition unsere heute an der Macht stehenden bewaffneten Kräfte einnehmen. In Verbindung mit diesen beiden Fragen ist das reale Kräfteverhältnis der peruanischen Gesellschaft, die Bedeutung der einzelnen Schichten der Bourgeoisie, der Klassencharakter der agroindustriellen Genossenschaften u. a. zu untersuchen.

Die antiimperialistischen und antioligarchischen Aktionen führten in den letzten drei Monaten, wie es auch nicht anders sein konnte, zu einer immer größeren Radikalisierung im politischen Leben des Landes. Einerseits zeigt sich eine Verschärfung des Konflikts mit dem Imperialismus und seinen Verbündeten im Lande, andererseits, wie bei der Durchsetzung der Bodenreform, geht dieser Prozeß einher mit einer direkten Verschärfung des Klassenkampfes. Die Imperialisten und ihre Verbündeten versuchen, den Klassenkampf zu verschärfen, wobei sie gegen die Arbeiter jede Art von Ungerechtigkeit und Gewalt anwenden.

Noch fehlt eine einheitliche antiimperialistische Volksbewegung

Es ist der Zeitpunkt herangereift, den Entwicklungsweg des Landes genau festzulegen. Immer stärker zeichnet sich das Vorhaben ab, dem Regierungsprogramm zur Umgestaltung ein ideologisches Fundament zu geben. Einige Sprecher der Regierung erklären sogar häufig, daß sie beabsichtigen, eine nichtkapitalistische Gesellschaft zu errichten. Mögen diese Erklärungen nun ernst gemeint sein oder nicht, wenn man sie im Zusammenhang mit den bisherigen Maßnahmen und den geplanten Projekten betrachtet, zeugen sie von einer Radikalisierung. Während sich die Volksmassen mit der grundlegenden Orientierung des Regimes identifizieren, sehen ultrareaktionäre, gemäßigte und schwankende Kreise solchen Perspektiven mit wachsender Furcht entgegen. So in die Enge ge-

drängt, operiert die imperialistisch-oligarchische Verschwörung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Intrigen. Gestützt werden diese Absichten leider dadurch, daß eine einheitliche ideologische und politische Linie der Regierung fehlt, daß bis heute noch keine einheitliche, antiimperialistische, antiloligarchische, revolutionäre Massenbewegung zustande gekommen ist.

Wenn wir die Volkskräfte nicht organisieren, einigen und koordinieren, wird sich das jetzige Dilemma, das zur Revolution oder Konterrevolution, zu fortgeschrittenen Entwicklungsetappen oder zu einem Aufhalten des jetzigen Prozesses und seiner Rückentwicklung führen kann, gegen die nationalen Interessen des Volkes, gegen uns Peruaner richten.

Die Kommunistische Partei – Hoffnung der Volksmassen

Wir sprechen von uns und meinen damit die Arbeiterklasse und das peruanische Volk. Aber die bewußteste Kraft unseres Proletariats, der Volksmassen in Stadt und Land ist zweifellos unsere Partei.

Die Rolle, die die Peruanische Kommunistische Partei heute spielt, ist größer denn je. Ganz sicher werden auch andere politische Bewegungen zur Unterstützung der begonnenen Veränderungen gebildet werden. Sie werden willkommen sein, wenn sie eine Stärkung der revolutionären Reihen bedeuten.

Aber genauso sicher wird es Leute geben, die in guter oder böser Absicht, getäuscht oder bewußt, versuchen werden, uns auszuschließen oder unsere Existenz zu verbieten. Wir dürfen nicht zulassen, daß man uns ausschließt. Am besten können wir das verhindern, wenn wir unsere Existenz demonstrieren, konstruktiv und richtungweisend auftreten.

Wir sind die Partei der Arbeiterklasse und verschleiern daher unsere Anstrengungen und unseren Beitrag für die Gewerkschaftseinheit des peruanischen Proletariats nicht. Wir müssen uns jedoch weiter bemühen, diese Einheit zu stärken, um zu erreichen, daß sie nicht nur zur Durchsetzung der dringenden Tagesforderungen der Werktätigen führt, sondern auch, daß sie zu einer entscheidenden Kraft im Kampf gegen die oligarchische imperialistische Verschwörung und für die Festigung der revolutionären Veränderungen wird.

Die Arbeiterklasse allein wird jedoch diesen Sieg nicht entscheiden. Die Bauernschaft wird aktiv und tritt als Mitgestalter der Agrarreform und des allgemeinen Umwandlungsprozesses immer bewußter auf. Eine Hauptaufgabe für uns besteht heute mehr denn je darin, die Bauernschaft zu vereinen, sie mit Kampfmitteln auszustatten und ihr Kampfbündnis mit der Arbeiterklasse und den anderen antiimperialistischen und antiloligarchischen Klassen und Schichten zu sichern. Die Um-

gestaltungen berühren auch die Lebensinteressen breiter städtischer Schichten, angefangen von den Handwerkern, den Studenten, der technischen Intelligenz und den Geistes-schaffenden. Im Verlauf der Umwälzungen sind innerhalb dieser Schichten fast spontan die Komitees der Revolution entstanden. Ihnen voran gingen die Komitees zur Verteidigung der Agrarreform. Wir sagten damals und wiederholen es heute, daß man diese Organe unterstützen muß, denn es kristallisiert sich die Notwendigkeit heraus, die revolutionären Anstrengungen zu koordinieren und dem Kampf gegen Imperialismus und Oligarchie eine zivile und zugleich militärische Organisationsform zu geben. Wir haben nicht gesagt und sollten auch nicht glauben, daß diese Komitees allein unser Werk oder unsere Instrumente seien. Sie sind sozusagen die natürliche und logische Form, in der sich die organisierte Aktion des Volkes herausbildet, die zu einer mächtigen politischen Bewegung der revolutionären Einheitsfront anwächst.

Möge die Peruanische Kommunistische Partei aus den Diskussionen gestärkt hervorgehen als eine Partei, die von den Arbeitern geschätzt und den Interessen des Vaterlandes gerecht wird, die sich noch mehr für die Ziele einsetzt, für deren Erreichung sie geschaffen wurde.

(Gekürzt aus „Unidad“ vom 23. 7. 1970)
(Aus: horizont 39/1970)

referat und materialien über den kolonialkrieg portugals

gegen die völker angolas, guineas und mozambiques

Dieses Referat und Material soll alle, die sich im Kampf gegen die faschistische Kolonialmacht Portugal engagieren, in die Lage versetzen, selbst als Referenten, Diskutanten oder Teilnehmer an Forumsgesprächen aufzutreten.

Es soll helfen, Antworten auf solche Fragen zu geben, wie:

Welche Auswirkungen hatte die portugiesische Kolonialpolitik auf die afrikanische Bevölkerung?

Welcher Methoden bedient sich der portugiesische Kolonialismus?

Welche ökonomischen Interessen hat die BRD in diesen Gebieten?

Wer unterstützt mit welchen Mitteln die portugiesische Regierung bei ihrem Kolonialkrieg?

Erscheint als Sonderdruck des
Antiimperialistischen Informationsbulletin im Oktober.

Für Abonnenten des AIB 33% Ermäßigung.

Eine Publikation des

ANTIIMPERIALISTISCHEN ARBEITSKOMITEES (AAK)

DM 3.-

BRASILILIEN

Im April 1970 veröffentlichte das "American Committee for Information on Brazil" ein Dossier unter dem Titel "Terror in Brazil". Diesem haben wir die folgende Chronologie und die beiden Dokumente entnommen.

Das Komitee, dem zahlreiche Pastoren, Professoren und andere Intellektuelle angehören bittet um finanzielle Unterstützung. Es ist auch bereit, interessierten Personen seine periodischen Veröffentlichungen zuzusenden.

Die Adresse lautet: American Committee for Information on Brazil, Post Office Box 1091, New York, N.Y. 10027, USA.

CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE

1964

31. März Die brasilianischen Streitkräfte putschen erfolgreich gegen die Regierung Joao Goulart, der sie vorwerfen, der Verbreitung von Kommunismus und Korruption Vorschub geleistet zu haben. Die Offiziere in Brasilien, einig nur in ihrer Abneigung gegen die vorherige Regierung, sind in der Frage zerstritten, wie das Land regiert werden soll. Während der folgenden Jahre kämpfen "harte", "weiche", "nationalistische", "yankeefreundliche" und "technokratische" Fraktionen im Militär gegeneinander, um ihre Lösung für Brasiliens institutionelle Krise durchzusetzen. Diese Chronologie wird einige der Ereignisse aufzeigen, welche die fortschreitende Zunahme der Repression gegen die zivilen Kräfte beweisen.

April Eine provisorische "revolutionäre" Militärjunta kündigt radikale Änderungen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik des Landes an; viele der Gesetze, die von der früheren nationalen Regierung beschlossen worden waren, werden für ungültig erklärt, darunter das Gesetz über die Profitausfuhr, das den Kapital-export ausländischer Firmen regulierte, die Verstaatlichung der Öltraffinerien sowie die Verteilung unbebauten Landes entlang der Bundesstraßen an landlose Bauern.

15. April Die Führer der "Bewegung des 31. März" ernennen Marschall Castelo Branco zum brasilianischen Präsidenten. Präsidialerlaß Nr. 1 verstärkt die Macht der Exekutive und

setzt einige Verfassungsrechte außer Kraft.

April - Juni Massenverhaftungen. Viele politische Führer, darunter die letzten drei Präsidenten, verlieren ihre politischen Rechte auf zehn Jahre. Mehrere Gouverneure sowie 112 Parlamentsmitglieder werden abgesetzt. 2.000 Militärs werden zwangsweise pensioniert. "Regierungsbeauftragte" übernehmen wichtige Gewerkschaften. Bauernverbände werden aufgelöst, nationale und staatliche Studentenverbände verboten. Tausende von "Untersuchungskomitees" unter Leitung von Armeoffizieren werden in örtlichen Institutionen im ganzen Land eingerichtet, um widerspenstige Elemente mit der Wurzel auszurotten.

14. Juli Die Interamerikanische Kommission der Allianz für den Fortschritt bewilligt den Antrag von Roberto Campos auf Erteilung von 888 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe für die Jahre 1965-1966.

1965

11. Februar Brasilien und die USA unterzeichnen einen Vertrag, wonach amerikanische Investitionen in Brasilien gegen Verluste durch Revolution oder Inflation versichert werden. Schäden werden den Unternehmen von der US-Regierung erstattet und den brasilianischen Dollarschulden angerechnet. Als Belohnung gibt die USA Brasilien über die "Agency for International Development" 122,1 Mio US-Dollar Entwicklungshilfe. Im letzten Jahr der verfassungsmäßigen Regierung Goulart hatte die USA nur 15,1 Mio. US-Dollar Entwicklungshilfe gegeben.

22. Mai Brasilianische Truppen schließen sich in Santo Domingo den von den USA befehligten Truppen an, die den Aufstand der dominikanischen Konstitutionalisten niederschlagen.

5. Oktober Gouverneurswahlen in mehreren Ländern; die noch erlaubten Oppositionsgruppen gewinnen die wichtigsten Wahlen mit eindrucksvoller Mehrheit.

6. Oktober Ein Erlaß der Junta bestimmt, daß die Kontrolle über Polizei und Sicherheitsorgane in die Hände der Bundesregierung übergeht ...

27. Oktober Die Militärjunta antwortet auf die Niederlage der "Revolutions"-Kandidaten mit dem Präsidialerlaß Nr. 2: alle politischen Parteien werden aufgelöst, die Machtbefugnisse der Exekutive erweitert. Ab sofort werden der Präsident und die Gouverneure von einem "gereinigten" Parlament und nicht mehr

in direkter Wahl bestimmt.

29. Oktober US-Senator Wayne Morse beantragt einen sofortigen Stopp aller Wirtschafts- und Militärhilfe als Protest gegen den Präsidentialerlaß Nr. 2.

November Unter strikter Kontrolle der Regierung werden zwei Parteien gegründet. Eine ist als Regierungspartei vorgesehen (Allianz für nationale Erneuerung - ARENA), die andere als "loyale Opposition" (Brasilianische Demokratische Bewegung - MDB).

1966

7. Februar Der ehemalige US-Botschafter in Brasilien, Lincoln Gordon (1961-1966), verteidigt während eines Hearings über seine Ernennung zum stellvertretenden Außenminister für Interamerikanische Angelegenheiten die politischen und ökonomischen Maßnahmen der brasilianischen Regierung und die freundschaftlichen Beziehungen, die die USA zu dieser unterhält.

13. April Ein Bericht der "Agentur für Internationale Entwicklung" (AID) an den US-Kongreß lobt das Verhalten der brasilianischen Regierung seit dem Putsch. Sie gibt neuerlich Entwicklungshilfe in der Höhe von 129,3 Mio US-Dollar.

4. Oktober Der Kriegsminister, General Costa e Silva, wird vom Parlament zum Präsidenten gewählt. Nur die Abgeordneten der ARENA wählen, die anderen enthalten sich der Stimme. Die Opposition nennt den Akt eine "Wahlfarce".

1967

23. Januar Eine neue Verfassung wird angenommen, die die Präsidentialerlasse seit 1964 enthält. Sie gibt dem Präsidenten das Recht, Gesetze zu erlassen und den Notstand (Kriegsrecht) ohne Konsultation des Parlaments zu erklären. Ein Pressegesetz wird verkündet, das strenge Strafen für regierungsfeindliche Reportagen vorsieht.

2. März Tausende von Studenten treffen sich geheim in Rio, um die Studentenbewegung auf illegaler Basis zu organisieren. Sie veröffentlichen ein Dokument, in dem die Diktatur als Lakai des US-Imperialismus verurteilt wird.

11. März Ein "Gesetz zur nationalen Sicherheit" wird verabschiedet, welches dem Militär erlaubt, jede Opposition als Verrat zu interpretieren.

August 350 Studentenvertreter kommen illegal aus ganz Brasilien zusammen, um die seit 1964 verbotene Nationale Studentenunion (UNE) wiederaufzubauen. Es ist der 29. Nationalkongreß der UNE. Die Studenten wählen einen Vorstand und beschließen, daß die Studentenbewegung sich nicht auf Hochschulangelegenheiten allein konzentrieren, sondern zur massenhaften Mobilisierung des Widerstandes gegen die Diktatur beitragen sollte.

30. August Ein breites Bündnis wird von bedeutenden politischen Persönlichkeiten aus der Zeit vor dem Putsch geschlossen, um für die Rückkehr einer zivilen Regierung und der bürgerlichen Freiheiten zu arbeiten. Diese "Frente Ampla" hat als Mitglieder u.a. den ehemaligen Präsidenten Kubitschek, die meisten der Mitte-Links-Gruppen und sogar den militant-antikommunistischen Carlos Lacerda, erhält aber keinerlei Unterstützung von irgendwelchen amtierenden Politikern.

1968

28. März Die Polizei tötet einen Studenten während einer friedlichen Demonstration in Rio.

30. März Sein Begräbnis wird zum Anlaß von Massenprotesten. Armeepanzer besetzen die Stadt.

3. April Gewalttätige Zusammenstöße zwischen Studenten und Polizisten in Rio, Sao Paulo, Brasilia, Salvador und anderen Städten. Die Demonstranten verurteilen nachdrücklich die Unterstützung der Diktatur durch die USA.

Mai Von Studenten angeführte Demonstrationen in mehreren großen Städten gewinnen breite Unterstützung im Volk. Hunderte von Menschen werden verhaftet.

10. Juni Die "Frente Ampla" wird durch Erlaß verboten.

16. Juni 16.000 Studenten streiken in Rio.

22. Juni Die Polizei tötet sechs Menschen bei Demonstrationen in Rio. 500 Studenten besetzen das Parlament in Brasilia.

27. Juni 100.000 Menschen demonstrieren in Rio und fordern das Ende der Diktatur. Große Demonstrationen finden auch in Brasilia, Recife, Salvador und Porto Alegre statt.

Juni Der Juni wird als "Blutmonat" bekannt. Während dieses Monats werden durch die Auflö-

sung der "Frente Ampla", das Massaker an friedlichen Demonstranten und die massive Polizeiintervention in allen politischen Gärungszentren die noch verbliebenen Wege offener Opposition gegen das Regime versperren.

21. Juli Die nationale Bischofskonföderation verdammt die "faschistische" Doktrin über nationale Sicherheit.

August-Dezember Radikale Widerstandsbewegungen führen eine Serie von dramatischen Banküberfällen und symbolischen Angriffen gegen Gebäude der Militärregierung und amerikanischer Firmen und Regierungsstellen durch. Rechtsextreme Terrororganisationen beginnen Mordunternehmen mit mutmaßlicher Regierungsunterstützung. Die berüchtigsten dieser Killer befinden sich im "Kommando für Kommunistenjagd" (CCC) und in der "Antikommunistische Bewegung" (MAC).

Oktober 1.000 Studentenvertreter, die sich heimlich in Sao Paulo zum 30. Kongreß der Nationalen Studentenunion getroffen haben, werden verhaftet. Dieser Schlag beseitigt die Führung der brasilianischen Studentenbewegung.

13. Dezember Marschall Costa e Silva verkündet den Präsidialerlaß Nr. 5. Das Parlament wird aufgelöst. Dieser äußerst antidemokratische Schritt wird als "Putsch innerhalb des Putsches" angesehen, der die Staatsmacht an die autoritärsten Kräfte der Armee ausliefert.

Dezember Massenverhaftungen. Hexenjagden auf Kritiker im Beamten- und Militärapparat. Totale Zensur von Presse, Radio und Fernsehen. Verlust der politischen Rechte, der Arbeit, Inhaftierung und ständige Repressionen gegen unabhängige, liberale Zeitungsleute, Schriftsteller und Politiker.

Die finanzielle Hilfe der USA an Brasilien betrug von 1964-68 mehr als 948 Millionen Dollar in Darlehen.

1969

Januar Der Oberste Gerichtshof wird umstrukturiert. Drei Richter werden ausgeschlossen und verlieren für zehn Jahre ihre politischen Rechte.

6. Februar Der Innenminister, General Albuquerque Lima, der die gemäßigten Nationalisten in der Armee repräsentiert, wird durch einen harten pro-U.S. General ersetzt.

30. Mai Pater Henrique, Assistent des Bischofs Dom Helder Camara, wird gefoltert und von einem rechten "Todesschwadron" ermordet. Die Ermordung erzeugt einen schweren Kon-

flikt zwischen der Kirche und der Regierung.

15. August Eine Widerstandsgruppe in Sao Paulo besetzen für 30 Minuten die Rundfunkstation. Sie melden, daß ein wichtiges Ereignis stattfinden wird.

31. August Präsidialerlaß Nr. 12 ersetzt den von einer Herzattacke getroffenen Präsidenten Costa e Silva durch ein militärisches Triumvirat statt durch den legalen zivilen Vizepräsidenten.

4. September Der amerikanische Botschafter, Burke Elbrick wird in Rio entführt. Seine Entführer verlangen für die Freilassung des Botschafters die Freilassung von 15 Gefangenen und die Verlesung eines Manifests im Rundfunk. Die Bedingungen werden erfüllt.

9. September Präsidialerlaß Nr. 14 bestraft mit dem Tode "das Verbrechen der psychologischen Kriegsführung und des revolutionären oder subversiven Kriegs". Die Brasilianische Republik hatte nie vorher die Todesstrafe.

September US-Sicherheitsagenten kommen in großer Anzahl nach Brasilien. Massenverhaftungen, Terror und Folterungen erreichen ein Ausmaß, das das Babbistas in Cuba weit übertrifft.

17. Oktober Eine neue Verfassung, die alle konstitutionellen Einschränkungen in den Aktionen des Präsidenten beseitigt, wird verkündet.

25. Oktober Das Kommando der Streitkräfte wählt Vier-Stern-General Garrastazú Médici zum neuen Präsidenten. Der "gereinigte" Kongreß (über 200 seiner Mitglieder sind seit 1964 entfernt worden) wird wiedereröffnet, um den Präsidenten zu bestätigen.

4. November Carlos Marighela, der bedeutendste Guerillaführer wird in Sao Paulo getötet.

November-Dezember Viele Dominikanerpatres, der Kollaboration mit den Widerstandsbewegungen angeklagt, werden verhaftet und gefoltert.

November 60 europäische Geistliche und Intellektuelle übermitteln dem Papst ein Dossier, das die Folterungen in Brasilien dokumentiert. Sie gründen das "Internationale Unterstützungskomitee".

1970

9. Februar (Aus: "The New York Times") Die Zahl derer, die für 10 Jahre ihre politischen Rechte verloren haben, ist auf 1.116 gestie-

gen. Studentenführer bestätigen, daß ungefähr 1 000 Studenten wegen angeblicher politischer Betätigung von den Universitäten verwiesen wurden.

11. Februar Ein Regierungserlaß, der eine polizeiliche Vorzensur für Bücher, Magazine und ausländische Publikationen einsetzt, wird mit dem beschworenen Ziel, die Pornographie vom Markt fernzuhalten, veröffentlicht.

7. März In seiner ersten Pressekonferenz charakterisiert General E. Garrastazú Médici das brasilianische Regime als "revolutionären Staat". "Das Militär" sagt er, "wird so lange wie erforderlich im Amt bleiben". Der Präsidentalerlaß Nr. 5, der den Präsidenten ermächtigt, mit Erlassen zu regieren und verfassungsmäßige Rechte aufzuheben, soll nicht so "bald" rückgängig gemacht werden. Nach seinen Worten "war er zu spät erlassen worden und es ist noch zu früh, ihn aufzuheben."

11. März Nobuo Okuchi, der japanische Generalkonsul in Sao Paulo wird von Untergrundkämpfern entführt. Als Bedingung für die Freilassung des Diplomaten fordern sie die Befreiung fünf politischer Gefangener und die Garantie menschlicher Behandlung aller anderen politischen Gefangenen. Die Liste der Gefangenen beinhaltet eine Mutter von drei Kindern (ihr 18jähriger Stiefsohn nahm an der Entführung teil), einen japanischen Brasilianer und eine katholische Oberin. Zwei Tage später, nach ihrer Ankunft in Mexiko, bezeugen sie alle, gefoltert worden zu sein.

AUSSAGE EINES VERHAFTETEN BAUERNFÜHRERS

"Am 13. Juli 1968 beging die Polizei ein barbarisches Verbrechen an der Bevölkerung von Pindaré Mirim, einem Dorf im Nordstaat Maranhao. Sieben Polizisten, mit Gewehren und M6is bewaffnet, feuerten auf Landarbeiter, die darauf warteten, im Medizinischen Zentrum behandelt zu werden. Sie verwundeten Manuel Conceicao, den Präsidenten der Landarbeitergewerkschaft von Pindaré Mirim schwer. Die Gewerkschaft gab einen Bericht über das Verbrechen heraus:

"Ich, Manuel Conceicao dos Santos, Vorsitzender der Landarbeitergewerkschaft von Pindaré Mirim, bestreite die Richtigkeit der Berichte in den Zeitungen von Sao Luis und vor allem der Erklärungen des Staatssekretärs der Staatspolizei vom 27. Juli über meinen Fall.

Im Namen der Wahrheit muß ich folgendes

erklären: Am Morgen des 13. Juli warteten einige Arbeiter darauf, im Medizinischen Zentrum der Gewerkschaft behandelt zu werden. Ein Lastwagen hielt in der Nähe; sieben Männer, mit Gewehren und Revolvern bewaffnet, stiegen aus. Der Polizeichef, begleitet von einem Soldaten, rief mich, und ich ging auf ihn zu. Zu meiner äußersten Überraschung ergriffen mich die Soldaten, feuerten fünf Schüsse auf meine Beine ab und eröffneten gleichzeitig das Feuer auf viele Zeugen des Vorfalles, darunter Frauen und Kinder. Mit schweren Wunden an beiden Füßen wurde ich wie ein Tier auf den Lastwagen geworfen und vom Schauplatz zum Gefängnis gefahren. Erst gegen 17.00 Uhr erhielt ich erste Hilfe. Drei Tage später, als meine Zehen schon halb verfault waren, wurde ich wieder behandelt. Am 17. wurde ich entlassen und mußte mir, um nicht an Wundbrand zu sterben, in Sao Luis das Bein abnehmen lassen."

AUSSAGE WEIBLICHER GEFANGENER, FESTGEHALTEN AUF DER INSEL DER BLUMEN (ILHA DAS FLORES) IN RIO DE JANEIRO

Wir haben diesen Brief von dem Ort geschrieben, wo wir gefangen gehalten werden, auf der Ilha das Flores in Rio de Janeiro. Erst jetzt beginnen Informationen über die Greultaten, die in unserem Land an politischen Gefangenen begangen werden, durchzusehen; so kann die brasilianische Öffentlichkeit immer noch zweifeln, daß diese kriminellen Akte wirklich stattfinden. Wir können jedem versichern, daß die Folter in Brasilien existiert! Ja noch mehr: Alles, was bisher über die Foltermethoden gesagt wurde, ist sehr wenig, verglichen mit den wahren Fakten. Hier auf der Ilha das Flores waren wir Opfer und Zeugen der Folter. Wir halten es für unsere Pflicht um der Wahrheit und Gerechtigkeit willen, diese Tatsachen an das Tageslicht zu bringen.

Viele mögen fragen, warum erst jetzt diese Enthüllungen überall im Lande gemacht werden. Bis heute haben uns die Folter- und sogar Morddrohungen schweigen lassen. Nach neueren Verlautbarungen sowohl des Präsidenten der Republik und des Justizministers als auch nach Berichten der einheimischen und internationalen Presse, kamen wir zu der Annahme, daß wir gegenüber Repressalien einigermaßen geschützt sind.

Die Fakten

1. Ziléa Resnik, 22, verhaftet am 5. Juni 1969 und angeklagt der revolutionären Organisation MR8 anzugehören, wurde 45 Tage lang

ohne Kontakt mit der Außenwelt gehalten - 35 Tage mehr, als es sogar der Militärkodex zuläßt; sie wurde oft geschlagen.

2. Rosane Resnik, 20, Ziléas Schwester, am 27. Juli unter der gleichen Beschuldigung verhaftet, wurde von ihren Folterern nackt ausgezogen, geschlagen und elektrischen Schlägen an verschiedenen Körperteilen, einschließlich ihrer Brustwarzen ausgesetzt.

3. Ina de Souza Medeiros, 20, Ehefrau des Marco Antonio Faria Medeiros, verhaftet am 6. Juli 1969 in Buritiba unter der gleichen Beschuldigung, wurde gezwungen, bei der Folterung eines ihrer Freunde, Milton Gaia Leite, Zeuge zu sein. Er hing nackt an einer Stange, während eine Messe in voller Lautstärke durch ein Radio übertragen wurde, um seine Schreie zu übertönen. Im Gefängnis der politischen Polizei (DOPS) wurde ihr gesagt, daß ihr Mann, der zwei Monate vorher verhaftet worden war, gestorben sei. Sie geriet in Panik, obwohl sich später diese Information als falsch erwies. Nachdem sie auf die Ilha das Flores gebracht worden war, wurde sie geschlagen, erlitt elektrische Schläge und wurde mit sexuellen Gewalttätigkeiten bedroht.

4. Maria Candida de Souza Gouveia, 22, verhaftet am 3. Juli 1969 in Curitiba, unter der gleichen Beschuldigung, wurde geschlagen und getreten. Ihre Hand- und Fußgelenke wurden verdreht. Sie wurde gezwungen, sich auszuziehen.

5. Maria Mota Alma Alvarez, 20, am 9. Juli 1969 in Rio de Janeiro verhaftet, wurde ausgezogen und geschlagen. Ein Finger war gebrochen, wofür Beweise in Form von Fotografien vorliegen, die Journalisten machten, während sie eingeladen waren, um Mitglieder der MRS zu treffen.

6. Maryjane Vieira Lisboa, 22, verhaftet am 2. September 1969 in Rio de Janeiro, beschuldigt, ein Mitglied der revolutionären Bewegung Popular Action zu sein, wurde ausgezogen, geschlagen und elektrischen Schlägen ausgesetzt, die erst beendet wurden, als sie wegen Herzversagens das Bewußtsein verlor.

7. Marcia Savaget Fiani, 24, verhaftet am gleichen Tag, am gleichen Ort mit der gleichen Beschuldigung (wie 6) wurde ebenso behandelt; nur wurden die elektrischen Schläge dadurch intensiviert, daß man sie mit Wasser übergießt, was eine partielle Paralyse ihrer Finger an der rechten Hand zur Folge hatte. Sie wurde 14 Tage in Einzelhaft gehalten.

8. Solange Maria Santana, 25, wie oben (7), wurde eine Zeit lang geistesgestört.

9. Ilda Brandle Siegl, 25, verhaftet am 29. Oktober 1969 in Rio, wurde ausgezogen, geschlagen und elektrischen Schlägen ausgesetzt, sogar an ihren Brustwarzen.

10. Maria Elódia Alencar, 38, einen Tag später verhaftet, wie oben. Würgegriffe zwangen sie, ihren letzten Willen und ihr Testament zu unterzeichnen. Ihre Folterer drohten wiederholt, ihren 15 Jahre alten Sohn zu verhaften und zu foltern.

11, 12 und 13. Priscila Bredariol, 23, Vania Esmanhoto, 24, und Victorio Pamplona, 26, militante Mitglieder der Katholischen Studentenjugend (JEC), verhaftet am 31. Oktober 1969 in Rio wegen ihrer Zugehörigkeit zur Popular Action, wurden geschlagen und gezwungen, den Schreien von Priscilas Ehemann, Celso Bredariol, und von Geraldo Azevedo, Victorias Verlobten, zuzuhören. Beide wurden gerade nebenan in den Büros des Marineinformationszentrums (CENIMAR) gefoltert.

14. Dorma Tereza de Oliveira, 25, verhaftet am 30. Oktober 1969 in Rio, bekam die gewöhnlichen Schläge und elektrischen Schläge, zusätzlich wurde sie gewürgt und unter Wasser getaucht. Kneifzangen, an ihre Brustwarzen angelegt, hinterließen Wunden, ebenso Nadeln, die unter ihre Fingernägel gestoßen wurden.

15. Marta Maria Klagsbrunn, 22, verhaftet im September 1969 in Rio, wurde von ihren Wärtern gefoltert, die mehrere Male drohten, sie zu ihrem Ehemann, Victor Hugo Klagsbrunn, zu bringen, der gleichfalls gefoltert wurde.

16. Arlinda -----, verhaftet am 14. November 1969 in Rio, befindet sich an dem Tag, an dem wir diesen Brief schreiben (8. Dezember 1969) noch in Einzelhaft.

Wir können ebenso viele andere Fälle von Folterungen bezeugen. Wir können z.B. den Fall Jean Marc Van der Weld, Präsident der Nationalen Studentenunion, anführen, Sechs Tage lang wurde er geschlagen, an einer Stange aufgehängt und elektrischen Schlägen ausgesetzt. Die Folge waren durchstoßene Trommelfelle; er leidet unter ernstesten neurologischen Störungen. Ebenso wurden Celso Bredariol und Mario Fonseca Nete gefoltert. Letzterer erlitt gemeinsam mit Milton Gaia Leite eine Tortur genannt "cock-on-a-string" ("galeto"): ein Feuer wird unter dem an einer Stange aufgehängten Körper gelegt.

Ein anderer Fall war Maria Luiza Ros, 18. Sie wurde in Rio verhaftet, vergewaltigt und dann freigelassen, weil ihre Nichtmitgliedschaft in irgendeiner revolutionären Organisation erwiesen war.

Wir kommen zu vier prinzipiellen Ergebnissen:

1. Im allgemeinen werden Folterungen im Ilha das Flores-Gefängnis in den Büros des Marineinformationszentrums im vierten Stock des Marineministeriums und in den Gefängnissen der politischen Polizei (DOPS) in Rio und Curitiba durchgeführt.

2. Die Folterer sind hohe Offiziere des Marineinformationszentrums. Ihre Foltertätigkeit ist ihren vorgesetzten Offizieren und sämtlichen hier diensttuenden Militärangehörigen bekannt. Die Folterer versuchen ihre Identität unter falschen Namen wie Dr. Claudio, Kommandeur Mike, Dr. Alfredo, Dr. Breno und anderen zu verbergen.

3. Einige Unteroffiziere und Mannschaften nehmen auch an Folterungen teil, namentlich Feldwebel Alvaro und der Soldat Sergio.

4. Folterer besuchen oft die Ilha das Flores als "technische Berater" des kommandierenden Offiziers, Kommandeur Clemente José Monteiro Filho.

Wir wissen, daß unsere Aufdeckung der Folterungen Repressalien gegen uns auslösen kann. Wir haben Angst, denn es wäre nicht das erste Mal, daß "Fluchtversuch" oder "Selbstmord" vorgegeben würden, um die Tatsachen zu verbergen und die offizielle Version zu "bestätigen". Alle Personen, die daran interessiert sind, die Wahrheit zu erfahren und die Schuldigen zu bestrafen, sollten wissen, daß wir allen Arten der Gewalt ausgesetzt sind. Um diese Angelegenheit zu einem Ende zu bringen, brauchen wir mehr denn je die Hilfe aller in diesem Land.

Ilha das Flores, den 8. Dezember 1969

Anmerkung: Alle diese Fälle von Folterungen sind folgenden Personen bekannt gemacht worden: Marschall Garrastazú Médici, Präsident der Vereinigten Staaten von Brasilien, Monsignor Monzonni, Päpstlicher Nuntius, Jaime Cardinal Camara, Erzbischof von Rio de Janeiro und anderen Behörden.

Das einzige Resultat: Neuauflage der Pressezensur und ein Verbot für alle Massenmedien im Lande, die Folterung politischer Gefangener zu erwähnen.

ISRAEL

Die Africa Research Group veröffentlichte in "tricontinental 15" eine Dokumentation über die Aktivitäten Israels auf dem afrikanischen Kontinent. Obwohl wir nicht allen Schlußfolgerungen zustimmen können, erscheint uns ein Abdruck sinnvoll, da hier Informationen über die neokolonialistischen Aktivitäten mitgeteilt werden, die in der BRD bis heute noch nicht veröffentlicht wurden.

ISRAELS IMPERIALISTISCHE MISSION IN AFRIKA

(...)

Das Ausmaß des israelischen Hilfsprogramms

Das israelische Hilfsprogramm in Afrika nimmt verschiedene Grundformen an:

1. Hochqualifizierte israelische "Experten" werden den afrikanischen Staaten zur Verfügung gestellt, häufig in strategisch wichtigen Positionen;
2. Verschiedene Schichten der afrikanischen Bevölkerung, einschließlich Studenten, Beamten, Gewerkschaftsführern und Militärs, erhalten ein Spezialtraining direkt in Israel; diese Ausbildung wird gewöhnlich mit größter Wirksamkeit und in kürzester Zeit abgeschlossen;
3. Israelische Geschäftsleute und ihre Regierung schufen gemeinsame Wirtschaftsprojekte mit afrikanischen Staaten und Geschäftsleuten.

Zur ersten Kategorie gehört die wichtige spezialisierte Hilfe, die ihrem Wesen nach militärisch und paramilitärisch ist. Nichtmilitärische Hilfsprogramme ziehen Vorteile aus dem "Muster des parallelen Trainings" - d.h. während israelische Experten im Ausland eingesetzt sind, gibt man Afrikanern Gelegenheit zu spezieller Ausbildung in Israel selbst. Diese Ausbildung ist äußerst mannigfaltig. Sie umfaßt nahezu alles: Von der Errichtung einer Geflügelfarm in Guinea bis zur Einrichtung staatlicher Lotterien in Dahomé, von der Organisationsarbeit hinsichtlich der Jugendbewegung in Gabun bis zur medizinischen Fußpflege in Obervolta. Die folgende Tabelle skizziert die Programmgebiete zwischen 1958 und 1962:

TABELLE 1

Israelische Experten, die im Ausland Dienst leisten, und Praktikanten, die in Israel erscheinen, sind hier nach Einsatz-Gebiet und Ausbildungsfeld aufgeführt:

1958 - 1966

Einsatzgebiet u. Ausbildungsfeld	insgesamt Experten	Afrika
Insgesamt	1815	1261
Landwirtschaft	523	261
Jugendorganisation	256	234
Ingenieurwesen	64	42
Medizin u. Gesundheitswesen	202	173
Erziehungswesen	106	102
Management	63	46
Baugewerbe	65	49
Sozialarbeit	23	22
Genossenschaften	24	21
Verschiedenes	489	311
Praktikanten		
Insgesamt	9074	4482
Landwirtschaft	2264	805
Genossenschaften u. Gewerkschaftswesen	1048	664
Gemeindeentwicklung	712	493
Jugendführung	529	285
Medizin u. Gesundheitswesen	265	211
Handel, Transport, Finanzen, Industrie	156	37
Studienreisen u. Seminare	1622	537
Individ. akadem. Studien	230	102
Verschiedenes	2248	1348

(Laufer, Israel and the Developing Countries: New Approaches to Cooperation, Twentieth Century Fund, New York, 1968, S. 77. Es ist auffallend, daß die Laufersche Tabelle die militärische Dimension des Hilfsprogramms völlig wegläßt.)

Die israelischen Landwirtschaftsprogramme sind nach militärischen Aspekten ausgerichtet und werden entweder direkt durch das Militär oder aber durch Institutionen, die damit verknüpft sind, durchgeführt. Noch bevor er Verteidigungsminister wurde, zeigte sich Moshe Dayan aktiv an der Planung der israelischen Landwirtschaftsprogramme engagiert. Das spiegelt die Militarisierung der Landwirtschaft in Israel selbst wieder. Da das Kibbutzsystem und die meisten kollektiven Farmen Israels eng mit dem nationalen Verteidigungsstreben verquickt sind, wurden die landwirtschaftlichen

Programme nach paramilitärischen Gesichtspunkten ausgerichtet. Gerade dieses höchst politische Modell der Organisation wird von Israel nach Afrika "exportiert".

Israels Bestrebungen gehen dahin, den neokolonialen Staaten dabei zu helfen, ihre Bevölkerung für die "Entwicklung" zu mobilisieren. Im Bereich der Mobilisierung der Jugend entwickelte Israel die *Gadna* (Jugendbataillone) und die *Nahal* (kämpfende Pionierjugend), die als Modelle für ähnliche Programme in afrikanischen Staaten verwendet werden. Der Theorie nach sind die Programme nicht politisch; in der Praxis schaffen sie politisch starke und militärisch brauchbare Körperschaften. Laufer erklärte ihren Tätigkeitsbereich:

Die *Gadna* (Jugendbataillone für Knaben und Mädchen von 14 bis 18 Jahren) bietet Sport, Wandern, Zelten, Geschicklichkeitsübungen, Gruppendiskussionen, kulturelle Aktivitäten, ebenso wie körperliche Arbeit und paramilitärisches Training.

Nahal führt das Programm der *Gadna* weiter, sie ist gedacht für wehrpflichtige junge Männer und Frauen, schließt Fallschirmausbildung und reguläres Militärtraining ein, begleitet von der Unterweisung in der Errichtung von Siedlungen in ungünstigen und gefährlichen Regionen. (Ebd., S. 110)

Bis 1966 organisierten israelische Experten diese "Aufbauprogramme für die Nation" in 13 afrikanischen Ländern: in Kamerun, der Zentralafrikanischen Republik, in Tschad, in Dahomé, an der Elfenbeinküste, in Liberia, Malawi, Niger, Senegal, Tansania, Togo, Uganda und Sambia. Andere israelische Berater führten ähnliche Instruktionen in Bolivien, Ekuador, in Costa Rica und Singapur durch.

In allen diesen vorwiegend auf Landwirtschaft basierenden Wirtschaftssystemen versuchen diese israelischen Experten häufig das israelische pseudo-sozialistische *Moshav-Farmmodell* als Alternative für radikalere kollektive Formen der Organisation aufzudrängen.

Die unabhängigen afrikanischen Bauern, die im Rahmen der traditionellen Gemeinschaftskultur ihre Landflecken bebauen, finden daher (laut Peter Worsley) das israelische *Moshavmodell* anziehender als ausdrücklich kollektivere Organisationsformen, wie z.B. die sowjetische Kolchose oder die kubanischen Staatsfarmen. (Peter Worsley, *The Third World*, S. 268)

So die Theorie. In der Praxis haben diese *Moshav-Farmen* keineswegs dazu beigetragen,

den landwirtschaftlichen Sektor entscheidend zu entwickeln.

Das spezialisierte Training in Israel wird auf verschiedenen Ebenen vorgenommen. Die Ministerien der Regierung bieten Kurse an, wie auch die halben Regierungsinstitutionen des israelischen Gewerkschaftskomplexes der Histadrut. Die Histadrut, dem Namen nach "sozialistisch", aber keineswegs eine anti-imperialistische Kraft, führt ihr eigenes Afro-Asiatisches Institut für Arbeitsstudien und Genossenschaftswesen in Tel Aviv; Vorsitzender ist Ellahu Elath, der erste Botschafter Israels in den Vereinigten Staaten. Alle drei bis vier Monate absolvieren dort 30 bis 50 "ausgebildete Führerpersönlichkeiten" ihr Pensum. Dieses Institut wurde bezeichnenderweise mit einer Donation von 60.000 US-Dollar im Jahre 1960 von der AFL-CIO (American Federation of Labor-Congress of Industrial Organizations) gestartet; zwischen 1960 und 1962 erhielt es über 300.000 US-Dollar an Stipendien und Zuwendungen von der AFL-CIO und seinen zugeordneten nationalen und internationalen Verbänden, wie z.B. dem Britischen Gewerkschaftskongreß (TUC) (Laufer, op. cit., S. 48). Enthüllungen prominenter Journalisten in den USA haben inzwischen bekannt gemacht, daß die internationalen Programme der AFL-CIO buchstäblich in die interkontinentale Gewerkschaftsstrategie des CIA einbezogen sind. (Siehe auch Georg Morris, *The CIA and American Labor*, International Publishers 1968; "Agent Meany" *New Republic*). Afrikanische Gewerkschaften sind ausgesprochen politische Instrumente; die Ausbildung in Israel versucht entpolitisiert zu wirken, indem sie die Praktikanten in eine pluralistische anstatt in eine klassenkämpferische, revolutionäre Position drängen.

"Die Betonung", so gibt Arnold Zack, ein in Harvard ausgebildeter Agent der ICFTU (International Confederation of Free Trade Unions) vor, "liegt auf der Kooperation mit anderen Segmenten der Gesellschaft; es wird relativ wenig Anstrengung darauf verwandt, die Gewerkschaften zum Machtfaktor im Lande aufzubauen." (Arnold Zack, *Labor Training in Developing Countries*. Praeger, N.Y., 1967)

Die meisten israelischen Ausbildungsprogramme sind zeitlich knapp bemessen und ihrem Inhalt nach sehr konzentriert. Mehr als 9.000 "Praktikanten" aus der Dritten Welt wurden durch diese israelischen Seminare, Konferenzen und Ausbildungskurse geschleust. Nur einige hundert Studenten haben etwas über ein Jahr im Land verbracht. Die meisten dieser

Kurse sind für die mittlere Beamtenschicht und konzentrieren sich darauf, wie Laufer ausführt, "neue Vorstellungen und Haltungen" zu vermitteln.

Die Israelis haben herausgefunden (so berichtet er), daß die Praktikanten, die für einen kurzen Zeitraum nach Israel gebracht werden, die einer äußerst intensiven und kontrollierten Schulung unterzogen werden, gewöhnlich ein sehr viel günstigeres Bild mit sich nehmen, als solche, die für längere Zeit bleiben ... Da der Aufenthalt in Israel nach Auswahlprinzipien vorgenommen wird, können die Praktikanten die anziehendsten Aspekte des israelischen Lebens und seiner Gesellschaft kennenlernen. Diese Schulungen haben den politischen Ruf Israels auf dem Kontinent insofern erhöht, als sie eine wichtige ideologische Funktion und Ausbildungsaufgabe für den Imperialismus übernommen haben.

Das Interesse Israels an Afrika ist auch von wirtschaftlichen Aspekten bestimmt. Als geographisch günstige Quelle von Rohstoffen und ein Markt für israelische Güter hat Afrika immer schon Geschäftsleute angezogen. Der Handel zwischen Israel und den afrikanischen Ländern ist sehr lebhaft und wächst beständig. 1963 stand das Exportvolumen Israels an Afrika bei 11,6 Mio US-Dollar, 1965 bei 21,5 Mio US-Dollar. Dazu Laufer: "Es dürfte mehr als nur ein Zufall sein, daß das bedeutendste Anwachsen der Exporte nach Afrika (z.B. Äthiopien, Ghana, Kenya, Nigeria und Uganda) bei den Ländern zu verzeichnen war, die ein aktives, technisches Kooperationsprogramm mit Israel haben. (Laufer, op. cit., S. 211) Als Rohstoffquelle ist Afrika ebenfalls bedeutend; das Ausmaß der israelischen Importe aus Afrika ist noch bedeutender als die Exporte und deren Anwachsen. Samuel Decalo, ein anderer amerikanischer Experte, machte eine interessante Beobachtung, was die Natur dieser wirtschaftlichen Beziehungen betrifft:

"...Afrika importiert eine Reihe von israelischen Gütern (i.e. Möbel, Zement, destilliertes Sojaöl), wenn auch unbedeutend, was die absolute Exportzahl von über 50% der gesamten israelischen Exporte dieser Güter betrifft. Es gibt allerdings eine ganze Reihe von anderen Gütern (wie Asbestrohren, Pharmazeutika, Teppiche), die Afrika von Israels Exporten zu über 25% ankauft, dann weitere bedeutende Käufe, die unter der 25%-Markierung liegen... Gleichermassen ist Afrika der Hauptlieferant Israels für tropische Produkte". (Samuel Decalo, *Israel and Africa, A Selected Bibliography*, *Journal of Modern African Studies*,

März 1967, S. 331)

Die meisten Beobachter meinen, daß Israel alle Chancen hat, den Umfang und die Streubreite dieser wirtschaftlichen Beziehungen zu vergrößern.

Die israelischen Investitionen sind bewußt darauf abgestellt, das Mißtrauen auf afrikanischer Seite gering zu halten. Mitte 1963 wurden partnerschaftliche Unternehmen zwischen israelischem und afrikanischem Staatskapital erstellt. Der "Economist" meint dazu folgendes:

Statt Kontrolle zu fordern, oder Konzessionen für einen langen Zeitabschnitt herauszuholen, fordern die Israelis immer als Bedingung für ihre Partnerschaft, daß ihre Anteile in der Minorität sein müssen. Verträge werden auf fünf Jahre beschränkt, nach Ablauf wird den lokalen Anteilpartnern die Gelegenheit gegeben, die israelischen Interessen aufzukaufen ... Gemeinsame Unternehmen, die von öffentlichen israelischen und afrikanischen Körperschaften finanziert wurden, errichtete man in Ghana, Liberia, Nigeria, Sierra Leone, der Elfenbeinküste, Dahomé, Niger, Obervolta, Senegal, Tansania und zwei anderen Staaten. (The Economist, 24. August 1963, cit. in: Basil Davidson, Which Way Africa?, 1965)

Die israelische Politik ist in dieser Hinsicht durch klügste wirtschaftliche Überlegungen geleitet. Hierzu Laufer:

"... partnerschaftliche Unternehmen haben es den israelischen Firmen ermöglicht, neue Märkte zu eröffnen, und zwar mit relativ geringem Kapital und unter dem wohlwollenden Schutz der Regierungen der Entwicklungsländer. Da in den meisten dieser Länder die heimischen Märkte durch langeingesessene ausländische oder staatsfremde Firmen sehr schwer und sorgfältig bewacht werden, wäre es den israelischen Firmen nicht leicht gefallen, sich dort ohne Partnerschaft niederzulassen." (Laufer, op. cit., S. 148)

Die Projekte, die mit Hilfe dieser israelischen Methode vorangetrieben wurden, dienten dazu, die neokolonialen Regierungen zu stützen

und Strukturen aufzubauen, die einen sehr fragwürdigen Nutzen haben und keineswegs für die Mehrheit der verarmten Bevölkerung von dringlichem Charakter sind. So haben zum Beispiel Firmen, an denen das halboffizielle israelische Unternehmen Solel Boneh partnerschaftlich beteiligt ist, folgendes gebaut: einen internationalen Flughafen in Accra, Luxushotels in Ostnigeria, Universitätsgebäude, 800-Meilen-Straßen in Westnigeria, großartige Parlamentsgebäude in Sierra Leone und Ostnigeria,

Militäreinrichtungen an der Elfenbeinküste.

Die israelischen Wirtschaftsinteressen in Afrika sind von langfristigen Überlegungen bestimmt. Ihre begrenzte wirtschaftliche Beteiligung ist ein Teil der starken Kontrolle, die die imperialistischen Mächte und die USA ausbauen, um den Handel zu monopolisieren und Vorteile herauszuholen. (...)

Israel und die internationale Konterrevolution - die Militärhilfe

Israel ist auf dem Feld der ausgeklügelten und hochspezialisierten Militär- und Geheimdienstausbildung ganz zu Hause. Eine Myriade von Programmen werden insgeheim den afrikanischen Staaten zur Verfügung gestellt, um sie mit einem bestimmten Typus des Militärs und des Polizeiwesens und mit den Anleitungen für den Ausbau wirksamer interner Sicherheitskräfte auszustatten, damit sie diese neokolonialen Regierungen, die von den USA auf die Beine gestellt und "entwickelt" werden, vor einem möglichen Sturz durch ihre eigene Bevölkerung bewahren können.

Die Information über diesen Aspekt der israelischen Durchdringung ist von Geheimhaltung umgeben. Als ein Mitglied einer afrikanischen Forschungsgruppe den ersten Versuch machte, hierüber Material zu sammeln (indem er einen Professor kontaktierte, der über das israelische **Engagement in Afrika** schrieb), wurde ihm mitgeteilt, daß "gedrucktes Material über israelisch-afrikanische Militärübereinkünfte sehr schwer zu erhalten sei. Was überhaupt dazu existiere, sei in Hebräisch geschrieben, das meiste in spezieller Rubrik." Der Professor schlug jedoch vor, daß man eine Anfrage an einen gewissen Sanford Silverburg an der Amerikanischen Universität in Washington D.C. richten solle.

Silverburg ist nur einer dieser vielen Wissenschaftler. Er ist beruflich Forschungsbeauftragter im Gremium des Forschungszentrums für Soziale Systeme (CRESS), eines der wichtigsten Forschungsanstalten, die von der amerikanischen Armee gegründet wurden (mit 1,9 Mio US-Dollar). CRESS wurde 1969 reorganisiert, und zwar nach den Enthüllungen über seine Beteiligung bei dem berüchtigten Camelot-Projekt, einer Spionagemission in Lateinamerika. (I.L. Horowitz, The Rise and Fall of Project Camelot, 1968) Gegenwärtig hat es zwei Abteilungen: CINFAC, ein Analysezentrum zur Aufstandsbekämpfung, und das SSRI, ein sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut, das die Wirksamkeit der amerikanischen Militärs, die als

Berater den bewaffneten Streitkräften anderer Länder zur Verfügung gestellt werden, untersucht.

Das Interesse, das CRESS den israelischen Militärprogrammen in Afrika entgegenbringt, ist Teil seines allgemeinen Verantwortungsreiches. Es hat Untersuchungen voranzutreiben, die den Aufgabenbereich des Pentagon betreffen, nämlich das Imperium zu erhalten und zu schützen. Die USA gehört zu den langfristigen militärischen Unterstützern Israels und versteht dies als Teilbereich einer größeren Politik für den Mittleren Osten. Zwischen 1964 und 1967 betrug die Militärhilfe an Israel 41,6 Mio US-Dollar, während die gesamte wirtschaftliche und militärische Hilfe der USA an Israel sich auf 1127 Mio US-Dollar belief. ("US Overseas Loans and Grants, special Report.", März 1968, S. 15)

Ebenso wie Soldaten aus arabischen Ländern, werden israelische Militärs in den USA ausgebildet. Es gibt auch eine Reihe von Informationskoordinationen zwischen den israelischen und amerikanischen Militäreinrichtungen. Über 32 Verträge hat 1968 das Verteidigungsministerium mit israelischen Universitäten und Forschungszentren in Höhe von 2 Mio. US-Dollar für wissenschaftliche Forschung abgeschlossen. (Senator Fulbright stellte eine vollständige Liste über die gesamte ausländische Verteidigungsforschung in dem "Congressional Record", Mai 1969 zusammen.)

Sanford Silverburg hat bei CRESS etwa fünf Jahre verbracht. In der gleichen Zeit arbeitete er auch an seinen Abschlußexamen an der Amerikanischen Universität. Immer noch bei CRESS tätig, bereitete er seine Doktorarbeit für die Schule der Internationalen Dienste vor, mit dem Titel (!): Die israelischen militärischen Dienste an das Afrika der Sub Sahara: Ein Vorbote für die Rolle des Militärs in Entwicklungsländern. Hauptsächlich damit befaßt, die militärische Rolle Israels beim Prozeß des "Nationalen Aufbauprogramms" herauszuarbeiten - ein Interesse, das bei den Hauptamtlichen des Pentagon und den Entwicklungsplanern sehr in Mode ist - liefert dieses Dokument die augenblicklich kompletteste Übersicht über das Ausmaß und die Bedeutung des israelischen Militärprogramms.

Zu Beginn seiner Studie bemerkt Silverburg, daß Fakten schwer zugänglich seien. Er bringt es trotzdem fertig (offensichtlich aus CRESS-Quellen), einen beeindruckenden Katalog amerikanischer, europäischer, afrikanischer und israelischer Quellen zusammenzustellen. Im fol-

genden wollen wir eine Übersicht über die israelischen militärischen und paramilitärischen Hilfeleistungsprogramme an das subsaharische Afrika geben:

Kamerun (1966): Im Januar errichteten israelische Armeeoffiziere das Nahal-Gadna-System.

Zentralafrikanische Republik (1960): 50 Stipendien an Einzelpersonen.

1962: 14 Armeeoffiziere errichteten die Nationale Pionierjugend (auf der Basis eines 2-Jahres-Vertrages mit in Israel ausgebildeten Trainern).

Tschad 1964: Berater, die zur Jugendbewegung geschickt werden, bilden Studenten aus.

1967: 2 israelische Berater werden bei einer Operation der Tschadarmee von der Nationalen Befreiungsfront des Tschad getötet.

Kongo (K) 1963: 243 Kongolesische Fallschirmspringer werden zum Training nach Israel geschickt, darunter der jetzige Präsident General Joseph Mobutu.

Oktober 1964: Israelische Berater im Kongo bilden weitere 100 kongolesische Soldaten in Fallschirmtechniken aus.

1968: Im März bilden Israelis weitere 35 Fallschirmtruppen im 1. Fallschirmjägerbataillon aus, das als beste Einheit betrachtet wird.

Dahomé 1962: Israel "hilft" der ersten Armee-Pionierkompanie.

1966: 2 israelische Berater stehen der Jugendbewegung (die von den USA unterstützt wird) vor.

Äthiopien 1960-66: Israelis arbeiten im Counterinsurgency-Programm, das sich gegen die Befreiungsfront von Eritrea richtet und gegen die Shiftas von Kenia agiert, mit.

Die Israelis treten die Stelle der US-Special Forces an, nachdem diese nach einem fehlgeschlagenen Putsch durch US-ausgebildete äthiopische Offiziere das Land "verlassen mußten".

Die Kooperation des israelischen und äthiopischen Militärapparates schließt Training für Special Forces, Geheimdiensttätigkeit, Training zur Anti-Aufstandsbe-kämpfung ein.

Alle 6 Monate haben 500 weitere von Israelis ausgebildete Äthiopier eine militärische Ausbildung erhalten.

Israel arbeitet mit den USA und Äthiopien zusammen, um den Stützpunkt Jebel Hamid auszubauen.

Ghana: Die ghanesische Luftwaffe und Luftfahrtschule wurde von Israelis reorganisiert, wodurch Großbritanniens einseitige Kontrolle aufs Spiel gesetzt wurde.

Mithilfe bei der Ausbildung von Armee, Luftwaffe und Marine.

Britische wirtschaftliche Interessen zwingen Israel im wesentlichen dazu, Ghana zu verlassen.

Elfenbeinküste 1961: Errichtung eines Nahal-Gadna Programms unter Mithilfe der USAID.

Das "Service Civique" wird reorganisiert und wiederbelebt, zur Bestürzung der Franzosen.

1963: Armeeschule für "Bürgerwehr" wird eingerichtet. Auf Ratschlag der Israelis entscheidet die Elfenbeinküste, die Armee für "nationale Dienste" einzusetzen. Ausstattung der Präsidentengarde mit Uzis 7,66 mm Maschinenpistolen.

Kenia 1963: Inoffizielle Ausbildung von 5 Luftwaffenkadetten und 30 Armeebediensteten.

Malawi: Israelis bilden medizinisches Personal aus.

4 Berater helfen, die malawische Junge Pionier-Bewegung aufzubauen, eine paramilitärische Organisation von 500 bis 700 Mitgliedern.

Nigeria 1967: Training von Armee und Polizeieinheiten. 11 mm-Mörser israelischer Fabrikation werden zur Verfügung gestellt. Die 1967 erfolgte Anklage, Israel liefere auch Waffen an Biafra wird dementiert, und zwar Seitens des israelischen Botschafters in Nigeria im Januar 1969.

Sierra Leone 1966: Aufbau einer Militärakademie unter israelischer Mithilfe. 65 Offiziere bleiben für 2 weitere Jahre im Land.

Tansania 1963: 60 Soldaten werden in einem 193-Tage-Kurs ausgebildet.

Der nationale Militärdienst wird mit Hilfe von israelischen Beratern und nach israelischem Modell aufgebaut. Schwierigkeiten gibt es, nachdem 117 Mitglieder dieser neuen Militärorganisation wegen Untreue gegenüber dem Staat festgenommen oder entlassen werden. (Keine Hinweise auf israelische Verwicklungen in dieser Affaire.)

1964: 24 Matrosen ausgebildet.

1966: 120 Polizisten erhalten Training als Luftlandetruppe; diese Einheit ist dazu bestimmt, die Ordnung aufrechtzuerhalten, Rinderdiebstäbe zu unterbinden und, Spekulationen zufolge, eventuell gegen Sansibar ein-

gesetzt zu werden.

Nach Gerüchten sollen die Israelis mit Tansanias Geheimdienst zusammenarbeiten.

Togo 1961: Ein 7-Mann-Team aus Israel baut Landwirtschaftliche Jugendgruppen nach Gadna-Techniken auf. Experimente mit Moshav-Farmen werden durchgeführt.

Uganda 1963: 15 Armeeeoffiziere und 5 Piloten werden in Israel ausgebildet.

1964: Die Luftwaffe wird organisiert und ausgebildet.

1966: Israelis übernehmen das gesamte militärische Training, liefern Flugzeuge und sind angeblich der Kanal für französische Hilfe an Uganda.

(Silverburg, op cit., S. 55-75)

Wie sehr die praktische militärische Ausbildung Israels den Zielen des US-Imperialismus dienlich ist, kann am besten an der Lage im Kongo aufgezeigt werden. Der Kongo ist einer der reichsten und strategisch wichtigsten afrikanischen Länder. Die Rolle der USA im Kongo seit der Unabhängigkeit ist bemerkenswert: Nachdem sie eine UN-Intervention zuwegebrachte, die die Lumumbaregierung stürzen und eine dienstbereitere installieren half, spielten beim Aufbau der Regierung des Kongo Männer wie Conor Cruise O'Brien eine entscheidende Rolle. Der CIA war engstens mit der Machtergreifung des General Mobutu verbunden.

(Siehe: Andrew Tully, The CIA: The Inside Story) Nachdem die finanziellen Interessen im Kongo abgesichert worden waren, behielt die USA eine aktive Rolle bei, vor allem als organisierte Aufstände und Guerillabewegungen die US-Hegemonie zu bedrohen begannen. Im Verlauf der Entwicklungen der verschiedenen Techniken in der Anti-Guerillakriegsführung, ordnete die US-Armee eine Studie über "Hexenglaube, Aberglaube, Magie und andere psychologische Phänomene und ihre Implikationen auf militärische und paramilitärische Operationen im Kongo" an (1964), die die Akademiker an dem von der Armee gegründeten aufstandsbekämpfenden Forschungszentrum an der Amerikanischen Universität herstellten. Der Schlußbericht nimmt direkten Bezug auf die Rolle, die Israel annahm. "Wenn man die belgischen Erfahrungen, ebenso wie die von Tschombe in Katanga, berücksichtigt", so wurde festgestellt, "dann scheint ein flexibleres Verhalten hinsichtlich des militärischen Problems in dem Konzept der Elitetruppen zu liegen: Truppen die sorgfältig ausgebildet und diszipliniert sind und gut überwacht werden."

Dieser militärische Rat wurde befolgt; um nun die schon sehr strapazierte und politisch gefährliche offene Rolle der USA etwas zu verschleiern, übernahmen die Israelis die Ausbildung der Fallschirmjägerelitetruppe des Kongo.

Das Bemerkenswerte an diesen israelischen Programmen ist nicht ihr Umfang, sondern vielmehr ihre strategische Konzentrierung auf den Aufbau von Eliteabteilungen in den zunehmend wichtiger werdenden militärischen Einrichtungen. Es ist absolut kein Zufall, daß sich diese Institutionen auch in anderen Ländern befinden, die eine bedeutende US-Durchdringung zu verzeichnen haben (wie z.B. in Äthiopien und Kongo (K)). Diese Programme ermöglichen es den Israelis und durch die Israelis den USA, engsten Zugang und größten Einfluß auf die interne Entwicklung der jeweiligen Ländern zu nehmen. "Das Gewähren von Hilfe - militärischer und anderer Art - " so gibt Silverburg zu, "ist auch eine offene Einladung an den Geber, seine nationalen Interessen in dem empfangenden Land fest zu verankern, das dürfte auch Revolte und Rebellion, wenn auch in verdecktem Status, miteinschließen." (Silverburg, op. cit., S. 77)

Da ihre Aktivitäten sowohl durch internationale Interessen des US-Imperialismus, wie auch durch ihre eigenen nationalen Interessen motiviert sind, strengt sich Israel besonders an, mit den Gastländern in engster Kooperation zu arbeiten, um "Mißverständnisse" zu beseitigen. Gleichzeitig sind die israelischen Programme an ein weitmaschigeres CIA-Netz und an die Geheimdienstoperationen des Westens gebunden. Die Natur dieser Geheimdienstausbildung, die Israel Bürgern aus Tansania, Äthiopien und dem Kongo angedeihen läßt, trägt dazu bei, daß Israel völlig in die Intrigenwelt und die verdeckte politische Manipulation mit verquickt ist.

Klare Fakten über diese verdeckte Tätigkeit sind noch schwerer zu beschaffen als über die der Militärprogramme. Es gibt Beweise dafür, daß Israel geheim eine Reihe von Befreiungsbewegungen unterstützt, die sich auch der US-Gnade erfreuten. So kann man erfahren, daß Israel insgeheim einige der sudanesischen Rebellen unterstützt und in Angola die diskreditierten Kräfte des Roberto Holden ebenfalls. Auf diplomatischer Ebene, so ist festzustellen, wird die erhältliche Information häufig gleicherweise von Israelis und den örtlichen amerikanischen Botschaften gleichlautend ausgegeben. Als Beispiel dient hierfür Uganda, dort wird von der israelischen Botschaft die

Informationsausgabe für andere westliche Botschaften und ihr Personal übernommen. Es ist bekannt, daß die amerikanischen Anti-Guerilla-experten dem israelischen Militär in ihrem Bemühen, die palästinensischen Befreiungsbewegungen zu zerschlagen, helfen. (...)

(Aus: tricontinental 15, engl. ed., November-Dezember 1969)

SÜDVIETNAM

Der vorliegende Bericht des Oberkommandos der Südvietnamesischen Volksbefreiungstreitkräfte (PLAF) über die Entwicklung der militärisch-politischen Lage in Südvietnam und Indochina umfaßt das I. Halbjahr 1970. Dieser Zeitraum ist vor allem durch die Ausweitung der offenen US-Aggression auf Kambodscha gekennzeichnet. Mit der Verwandlung dieses Landes in ein Aufmarschgebiet gegen die vietnamesische und laotische Revolution sollte das Kräfteverhältnis in Indochina grundlegend verändert werden. Diese Rechnung ist jedoch nicht aufgegangen:

1. Die Installierung eines pro-imperialistischen Marionettenregimes, der Einsatz von Truppen der USA und der Saigoner Marionetten hat das kambodschanische Volk keineswegs zum willenslosen Objekt imperialistischer Globalstrategie gemacht. Es hat sich vielmehr in die gemeinsame Front der Völker Indochinas eingereiht und den Kampf gegen die Aggressoren und ihre Handlanger aufgenommen.

2. Ebensowenig wie die Bombenangriffe gegen die DRV 1965-1968 hat die Invasion Kambodschas die revolutionäre Bewegung Südvietnams ersticken können. Diese hat vielmehr ihren militärischen und politischen Kampf intensiviert und den Aggressoren weitere Niederlagen beigebracht.

Das I. Halbjahr 1970 hat also insgesamt keine Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Imperialisten, sondern zugunsten der Völker Indochinas mit sich gebracht.

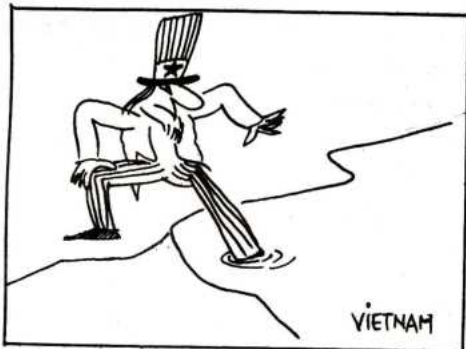
Diese Tatsache ist das Hauptthema des vorliegenden Dokuments. Es enthält zunächst allgemeine Einschätzungen der

Situation in Kambodscha, Laos und Süd-vietnam. Anschließend analysiert es im einzelnen die Rückschläge, die den US-Imperialisten bei ihrer Aggression gegen Südvietnam auf politischem und militärischem Gebiet beigebracht wurden.

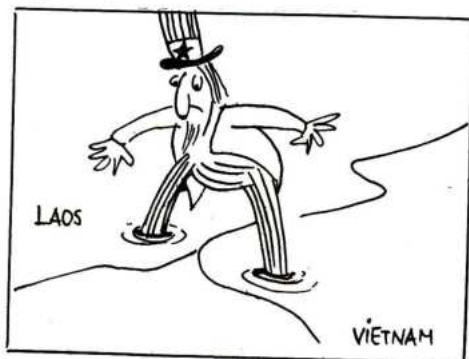
WIR ERZIELEN GROSSE ERFOLGE

In der ersten Hälfte dieses Jahres sind zahlreiche bedeutsame Ereignisse auf der gesamten Indochinesischen Halbinsel eingetreten, die auf der einen Seite deutlich die ernste Intensivierung und Ausweitung des Krieges, die neue Rückschläge und die immer mißlicherere Lage der USA widerspiegeln, auf der anderen Seite die neuen und überaus großen Erfolge der revolutionären Bewegung in den drei Ländern Indochinas zum Ausdruck bringen.

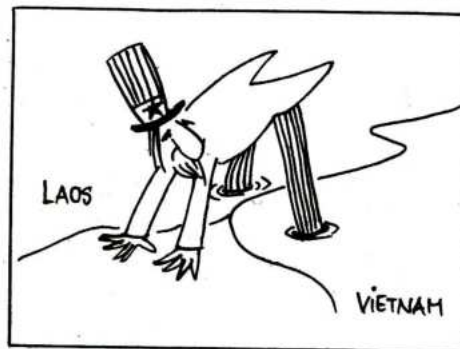
1. Im Frühjahr 1970 setzten die Streitkräfte und die Bevölkerung Südviets ihre umfangreichen und machtvollen Offensiven und Erhebungen fort und fügten dadurch den US-amerikanischen und Marionettentruppen schwere Verluste zu, vereitelten ihren "ländlichen Befriedungs"-Plan und zwangen die USA, ihren Truppenabzug fortzusetzen.



Gleichzeitig vollbrachten die Patriotischen Streitkräfte und das laotische Volk neue, hervorragende Heldentaten; sie erlangten weite Gebiete zurück, besonders das strategisch wichtige Gebiet der Ebene der Tonkrüge-Xieng Khoang, und vernichteten ein Großteil der von den USA ausgebildeten und befehligten Spezialtruppen der Vang Pao.^{*)}



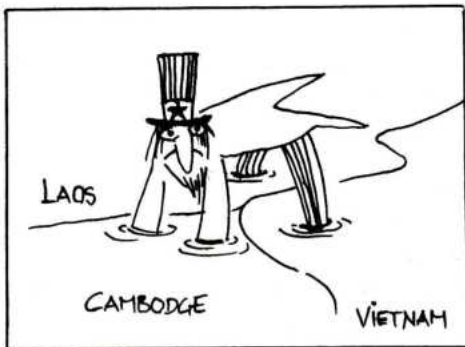
2. Trotz wiederholter Rückschläge und einer alarmierenden Passivität auf den südvietnamesischen und laotischen Schlachtfeldern, blieben die US-Imperialisten jedoch weiterhin verstockt und verschlagen. In einem Versuch, die Entwicklung zu ihren Gunsten zu verändern, organisierten sie am 18. März einen Staatsstreich in Kambodscha, setzten das reaktionäre Lon Nol - Sirik Matak-Regime ein und zerstörten die Unabhängigkeit, Neutralität und den Frieden Kambodschas mit dem Ziel, die Verwirklichung des Plans zur "Vietnamisierung des Krieges" voranzutreiben, die revolutionäre Bewegung in Kambodscha auszurotten und das Land in einen US-amerikanischen Militärstützpunkt und eine Kolonie neuen Typs zu verwandeln.



3. Die Entwicklung in Kambodscha nach dem Staatsstreich enttäuschte jedoch die US-amerikanischen Hoffnungen. Die revolutionäre Bewegung des kambodschanischen Volkes wurde stärker denn je und trieb die Lon Nol-Sirik Matak Regierung in totale Isolation und an den Rand des Zusammenbruchs. Dennoch unternahmen die US-Imperialisten tollkühn eine offene bewaffnete Invasion Kambodschas und weiteten so ihren ungerechten und brutalen Krieg auf ganz Indochina aus. Am 29. April begannen sie, einen großen Teil der US-amerikanischen und Saigoner Truppen von insgesamt mehreren Hunderttausend Mann in offenen, großangelegten militärischen Operationen einzusetzen, die von fortgesetzten Bombardierungen durch strategische Bomber vom Typ B 52, von der Ermordung und Ausplünderung der kambodschanischen Zivilbevölkerung und der Verwüstung ihres Landes begleitet wurden.

Es war das größte Glücksspiel der USA seit vielen Jahren und stellte den Versuch dar, die Niederlage in Südvietnam abzuwenden und die revolutionäre Bewegung des kambodschanischen Volkes zu ersticken. Aber es war ein törichter Versuch, so als wolle man Feuer mit Öl löschen und Durst mit Gift stillen. Die Folge war, daß die USA, statt ihren Zustand der Passivität und der Niederlage in Süd-vietnam zu überwinden, in noch tiefere Passi-

vität versanken und noch stärkeren Widerstand in Vietnam, Laos und Kambodscha hervorriefen.



In Südvietnam verbuchten die Streitkräfte und das Volk noch größere Erfolge und erreichten ein neues Stadium der Entwicklung in ihrem Kampf. Das strategische Gleichgewicht der Kräfte sowohl an der militärischen als auch an der politischen Front hat sich mehr und mehr zu ihren Gunsten und zuungunsten des Feindes verschoben.

Die Revolution des brüderlichen kambodschanischen Volkes ging in eine neue Periode über und schritt in allen Bereichen schnell voran. Seine militärischen, politischen und diplomatischen Erfolge waren von großer historischer Bedeutung. Die Nationale Einheitsfront von Kambodscha und die Königliche Regierung der Nationalen Einheit wurden ins Leben gerufen, die Nationalen Befreiungsstreitkräfte wuchsen schnell an, schlugen die aggressiven Operationen der US-amerikanischen Truppen zurück und vernichteten einen Großteil der feindlichen Soldaten. Gleichzeitig zerstörten und zersetzten sie wichtige Bestandteile der Lon Nol-Regierung und ihrer Armee. Die Hälfte des Landes mit mehreren Millionen Einwohnern wurde befreit und bildet nun einen großen und festen strategischen Rückhalt für den Widerstandskrieg des kambodschanischen Volkes.

Die brüderlichen Streitkräfte und das Volk von Laos verzeichneten ihren großen Sieg in der Ebene der Tonkrüge-Sieng Khoang, vernichteten 16.000 Angehörige der feindlichen Truppen, befreiten vollständig die Provinzen Attapeu und Saravane in Süd-Laos, nutzten ihre Erfolge aus und behielten die Initiative im ganzen Land.

Der Kampf der Völker in den drei Ländern Indochinas erreichte ein neues Stadium. Da die US-Imperialisten ihren Aggressionskrieg auf ganz Indochina ausgeweitet hatten, schlossen sich die drei Länder Indochinas in einer Volksfront zusammen, um ihnen Widerstand zu leisten. Sie hielten engen Kontakt zueinander, standen einander auf allen Gebieten bei,

warben um die Sympathie und die Unterstützung der fortschrittlichen Menschen überall in der Welt und wurden zu einer starken Macht.

Diese lebendigen Realitäten verdeutlichen erneut, daß die Zeit vorbei ist, da die Imperialisten die Völker anderer Länder ihrer Willkür unterwerfen konnten. Dies ist die Epoche der Auflösung des Imperialismus, des Triumphes der Bewegung für Frieden, Nationale Befreiung, Demokratie und Sozialismus.

Die US-Imperialisten können der Entwicklung des Kampfes auf der indochinesischen Halbinsel keine neue Richtung geben, weil sie immer schwerere Rückschläge hinnehmen müssen und deshalb eine totale Niederlage erleiden werden. Die Völker von Vietnam, Kambodscha und Laos haben einen Sieg nach dem anderen errungen und werden schließlich den endgültigen Sieg erlangen. Durch die trotzige Intensivierung und Ausweitung des Aggressionskrieges werden sich die US-Imperialisten ihre gerechte Strafe zuziehen.

In den ersten sechs Monaten von 1970 haben die südvietnamesischen Streitkräfte und das Volk

- dem Feind nahezu 230.000 Verluste zugefügt, darunter 70.000 US-amerikanische und Satellitensoldaten;
- über 70 Bataillone und Einheiten von Bataillonsstärke vernichtet oder stark dezimiert, desgleichen 450 Kompanien und 60 "Befriedungs"-Einheiten;
- 4.200 Flugzeuge abgeschossen oder am Boden zerstört;
- 10.000 Militärfahrzeuge einschließlich 6.000 Tanks oder Panzerwagen zerstört;
- 250 Schiffe und Motorbarkassen versenkt;
- 1.500 Artillerie- und Mörsergeschosse vernichtet;
- über 500 Vorratslager ausgehoben;
- beinahe 8.000 Schußwaffen von unterschiedlichem Typ erbeutet.

Als Ergebnis der jüngsten militärischen Erfolge der brüderlichen Völker von Laos und Kambodscha und des südvietnamesischen Volkes und ihrer Streitkräfte, haben sich die Passivität, die Stagnation und die ernsthaften Widersprüche und Schwierigkeiten der USA und ihrer Marionetten in allen Bereichen verschärft:

1. - Sie haben einen weiteren großen Teil ihrer Truppen und ihres Kriegsmaterials verloren, ihre Streitkräfte sind immer weiter verstreut und haben neue verwundbare Stellen gezeigt.

Die US-amerikanische Verlustrate ist hoch geblieben.

Immer mehr Marionettentruppen sind in die vordersten Reihen und auf die kambodschanischen Schlachtfelder geschickt worden, mit dem Effekt, daß ihre Verluste zugenommen haben, ihre Kampfmoral gesunken und die Zahl der Deserteure bedrohlich angestiegen ist.

Die Truppen der US-Amerikaner und ihrer Marionetten sind zahlenmäßig und qualitativ stark geschwächt worden und sind zudem über die zwei Schlachtfelder in Südvietnam und Kambodscha verstreut. Folglich haben ihre Verteidigungspositionen in den Bergen, Ebenen und Städten neue verwundbare Stellen offengelegt.

2. - Der Plan der "Befriedung der Landgebiete" - Kernstück des "Vietnamisierungs"-Programms - hat neue, ernste Rückschläge erlitten.

In den letzten sechs Monaten haben sich Millionen von Menschen erhoben und haben mit Hilfe der Streitkräfte die meisten der "Strategischen Dörfer" des Feindes in Südvietnam befreit, zerstört oder aufgelöst. Der "Befriedungs"-Plan des Feindes hat im Mekong-Delta und im Kern von Zentralvietnam, den Schlüsselgebieten des "Befriedungs"-Programms, schmachlich versagt.

Durch die flexible Verbindung von militärischen und politischen Aktionen mit Agitation in den feindlichen Reihen, durch gleichzeitiges Beschleunigen der Vernichtung grausamer Agenten des Feindes und durch das Sprengen der feindlichen Umklammerung hat das Volk seine Kontrolle ausgedehnt und viele neue und wichtige Gebiete befreit.

3. - Die Isolation der Nixon Clique hat im eigenen Land und im Ausland zugenommen.

Die Bewegung unter den US-amerikanischen Studenten und der Bevölkerung zur Beendigung des Aggressionskrieges in Indochina hat sich fortlaufend und nachdrücklich verstärkt, während die Anti-Kriegsbewegung unter den Offizieren und Soldaten der US-amerikanischen Streitkräfte beispiellose Dimensionen erreicht hat.

Nixons Politik der Ausweitung des Krieges ist auch in den politischen Kreisen der USA auf starke Opposition gestoßen, so bei einer großen Zahl von Kongreßabgeordneten sowohl der Demokratischen als auch der Republikanischen Partei, bei Mitgliedern der US-Regierung, bei Beratern und Diplomaten - ein Zeichen dafür, daß große Uneinigkeit in der US-Regierung besteht.

Auch die US-Invasion von Kambodscha ist von den fortschrittlichen Menschen auf der ganzen Welt aufs schärfste verurteilt worden. Sogar viele Verbündete und Handlanger der USA haben

nur lauwarme Zustimmung gezeigt.

4. - Konfrontiert mit der fortgesetzten und erbitterten Opposition der Stadtbevölkerung ist die Saigoner Regierung weiter geschwächt und die Uneinigkeit in ihren Reihen verschärft worden.

Die Studenten und Schüler haben ihren beharrlichen und wirksamen Kampf gegen die Marionetten-Junta fortgesetzt. Dieser Kampf hat sich in den verschiedensten Formen von Saigon aus auf andere Städte ausgedehnt.

Mit unbegrenzten Generalstreiks von Hunderttausenden von Arbeitern hat sich die Arbeiterbewegung machtvoll erhoben.

Eine neue Entwicklung hat sich auch in der Buddhistischen Bewegung abgezeichnet. Koordination und gegenseitige Unterstützung verschiedener Bewegung spiegeln eine höhere Phase im Kampf der Stadtbevölkerung wider und haben eine große Kraft erzeugt, die die Marionettenregierung in Saigon in eine endlose und unlösbare Krise hineintreibt.

5. - Nixons Politik der Intensivierung und Ausweitung des Krieges hat die Vereinigten Staaten noch tiefer in die ökonomische und finanzielle Sackgasse getrieben, wodurch die US-abhängige Wirtschaft der südvietnamesischen Marionetten beträchtlich beeinflußt wird.

Die Inflation hat sich verschlimmert, die Preise werden ununterbrochen in die Höhe getrieben, die industrielle Produktion hat stetig abgenommen und die Arbeitslosigkeit sich ausgeweitet. Die Kürzung der US-amerikanischen Unterstützung hat die abhängige Wirtschaft des Saigoner Marionettenregimes weiter zerrüttet, das Leben der Bevölkerung ernsthaft beeinträchtigt und eine politische Umwälzung bewirkt, derer die US-Marionetten niemals Herr werden können.

Daraus ergibt sich, daß in dem Maße, wie die US-Imperialisten den Krieg ausweiten, um ihre Niederlagen in Südvietnam auszugleichen, eben diese Niederlagen schwerwiegender und allgemeiner werden. Während sie wünschen, die Initiative zurückzuerlangen, versinken sie in immer größere Passivität. Während sie die Entwicklung umkehren wollen, geht der allgemeine Strom in die entgegengesetzte Richtung zugunsten der Revolution in den drei Ländern Indochinas. Sie werden mit immer komplizierteren und schwierigeren Problemen konfrontiert und können auf keinen Fall die Offensiven und Aufstände des Volkes unterdrücken. In welche Richtung auch immer der Krieg sich entwickeln mag, die südvietnamesische Bevölkerung wird an ihrer Entschlossenheit festhalten und den Feind unter dem Mot-

to angreifen "Nichts ist kostbarer als Unabhängigkeit und Freiheit"; und sie kann ihres vollständigen Sieges sicher sein.

Im Rückblick auf das 1. Halbjahr 1970, gratuliert das Oberkommando der Südvientamesischen Befreiungstreitkräfte von Herzen all den Offizieren und Soldaten der Streitkräfte, die ihren Kampfes- und Siegeswillen, ihre internationalistische Solidarität, ihre Entschiedenheit, alle Schwierigkeiten und Mühen zu überwinden, und ihre neuen und großartigen Erfolge hervorragend bewiesen haben.

Es begrüßt voller Begeisterung die glänzenden Erfolge und die rasche Entwicklung der Streitkräfte und des Volkes im brüderlichen Laos und Kambodscha.

Der große Widerstandskrieg unseres Volkes gegen die US-Aggression und für die nationale Befreiung macht große Fortschritte. Doch obwohl die US-Imperialisten auf der ganzen Linie immer wieder Rückschläge erleiden, bleiben sie doch weiterhin äußerst brutal und niederträchtig.

In Südvietnam setzen sie ihren "Befriedungs"-Plan mit der Verwirklichung der "Vietnamisierung" fort, mästen die Marionettenarmee und -regierung, führen unbarmherzige Schläge gegen die vom Volk beherrschten Gebiete und die Widerstandsbasen, verfolgen die Menschen in den Gebieten ihres Machtbereiches, betreiben psychologische Kriegsführung und Spionagetätigkeiten in dem Versuch, sich in Südvietnam festzusetzen und daraus eine Kolonie "neuen Typs" zu machen.

Gleichzeitig führen sie ihren Aggressionskrieg in Laos fort.

In Kambodscha setzen sie zur Verfolgung ihrer aggressiven Ziele Teile der Saigoner Armee und thailändische Söldnertruppen ein, die durch US-amerikanische Luft- und Artilleriedeckung unterstützt werden, führen ihre Besetzung Kambodschas und ihre Terrorüberfälle fort, säen Zwietracht unter den Völkern der drei Länder Indochinas und treiben die Gründung einer reaktionären Militärallianz zwischen ihren Lakaien voran.

Doch die US-amerikanische Intensivierung und Ausweitung des Krieges waren aufgrund einer Position des Stillstands und der Passivität unternommen worden. Die USA müssen ihren Truppenabzug aus Südvietnam fortsetzen, die Pläne zur "Befriedung" und "Vietnamisierung" des Krieges gehen in die Brüche, die durch und durch verrottete Thieu-Ky-Khiem-Verwaltung befindet sich in völliger politischer Isolierung. Die Anti-Kriegsbewegung in den USA und der übrigen Welt

gewinnt immer mehr an Kraft. Die US-amerikanischen Behörden und ihre Lakaien werden von ständig wachsenden Schwierigkeiten im militärischen, politischen und ökonomischen Bereich heimgesucht. Ihre inneren Widersprüche haben sich verschärft, während die Streitkräfte und das Volk der drei Länder Indochinas zunehmend erfolgreicher wurden.

Die US-Aggressoren und ihre Gefolgsmänner mögen weitere Verbrechen gegen unser Volk und die Völker Kambodschas und Laos begehen, sie mögen uns weiterhin Schwierigkeiten bereiten, aber sie können nicht ihre Lage ändern und ihrer Niederlage entgehen.

Die revolutionäre Situation in Südvietnam und den drei Ländern Indochinas insgesamt schaut einer hellen Zukunft entgegen. Unendlich große Möglichkeiten liegen vor unserem Volk.

Mögen alle unsere Offiziere und Soldaten der Befreiungstreitkräfte und alle unsere Landleute mutig voranschreiten!

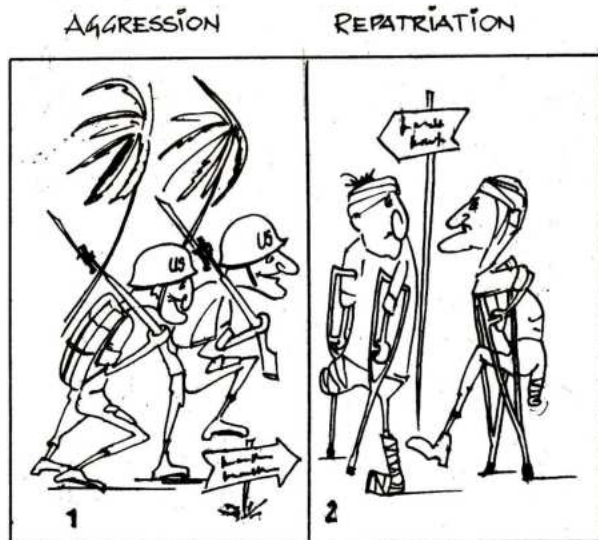
Wir werden mit Sicherheit siegen!

Die US-Imperialisten werden mit Sicherheit geschlagen werden!

+) Vang Pao Einheiten: Von US-Beratern ausgebildete Söldnerarmee des General Vang Pao. Sie bestehen fast ausschließlich aus Banditen. Ihre Einsätze vollziehen sich nach der Maxime: "Alles töten, alles verbrennen und alles zerstören". (Weitere Angaben über die Vang Pao Einheiten finden sich bei: Burchett, W., Kambodscha und Laos oder Nixons Krieg?, rororo Bd. 1401/02) (Anm. d. Red.)

(Aus: South Vietnam In Struggle vom 20.7. 1970.

Der Cartoon wurde dem "express international vom 21.8.1970 entnommen)



(Aus: Vietnam Nr.139)

ERKLÄRUNG DES AUSSENMINISTERS DER
PROVISORISCHEN REVOLUTIONÄREN REGIE-
RUNG DER REPUBLIK SÜDVIETNAM, FRAU
NGUYEN THI BINH, LEITERIN DER DELEGA-
TION DER PROV. REV. REG. DER REPUBLIK
SÜDVIETNAM BEI DER PARISER VIETNAM-
KONFERENZ AUF DER 84. SITZUNG DER
KONFERENZ AM 17. 9. 1970

(...)

Initiative, um einen Fortschritt bei der
Pariser Konferenz zu ermöglichen

Um dem tiefen Wunsch nach Frieden breiter
Bevölkerungsschichten in Südvietnam, in den
USA und in der Welt entgegenzukommen, möchte
ich, auf Anordnung der Provisorischen Revolu-
tionären Regierung der Republik Südvietnam,
neue Erläuterungen zu einer Reihe von Punk-
ten der 10-Punkte-Globallösung geben, und
zwar:

1. Die Regierung der USA muß ihren Aggres-
sionskrieg in Vietnam beenden; sie muß die
Politik der "Vietnamisierung" des Krieges
aufgeben, sie muß die Truppen, das Militär-
personal, Waffen und Kriegsmaterial der USA
sowie die Truppen, das Militärpersonal, Waf-
fen und Kriegsmaterial der anderen fremden
Staaten des amerikanischen Lagers vollständig
und ohne irgendeine Bedingung abziehen, und
die amerikanischen Militärstützpunkte in Süd-
vietnam auflösen.

Im Fall, daß die Regierung der USA erklärt,
die Gesamtheit der amerikanischen Truppen und
der Truppen der anderen Länder des amerika-
nischen Lagers vor dem 30. Juni 1971 abzu-
ziehen, werden die Volksbefreiungsstreit-
kräfte sich der Angriffe gegen die amerika-
nischen Truppen und die der anderen fremden
Länder des amerikanischen Lagers enthalten,
die dabei sind, ihren Abzug durchzuführen;
die betroffenen Seiten werden sofort in Ge-
spräche über die folgenden Punkte eintreten:

- die Frage der Garantie der Sicher-
heit für den Abzug der Gesamtheit der
amerikanischen Truppen und der Truppen
der anderen fremden Staaten des amerika-
nischen Lagers aus Südvietnam.
- die Frage der Befreiung der gefangenen
Militärs.

2. Die Frage der vietnamesischen Streitkräf-
te in Südvietnam wird von den vietnamesischen
Seiten unter sich geregelt.

3. Die kriegslüsterne und faschistische
Verwaltung Thieu-Ky-Khiem, ein Instrument der
Aggressionspolitik der USA, stellt sich gegen-
wärtig in wahnsinniger Weise dem Frieden ent-

gegen, ruft mit allen ihren Kräften zur Ver-
schärfung und Ausdehnung des Krieges auf, zur
Verlängerung der militärischen Besetzung
Südvietnams durch die USA und bereichert sich,
indem sie die Bevölkerung ausblutet. Sie lei-
stet den US-imperialistischen Aggressoren,
die ihre Landsleute hinhängen und ihr Land ver-
wüsten, Handlangerdienste. Sie hat die "Be-
friedungsoperationen" vorangetrieben, um die
Bevölkerung unter Terror und Zwang zu halten;
sie hat ein barbarisches System von Gefängnis-
sen in der Art der "Tigerkäfige" in Poula
Condor geschaffen und ein äußerst grausames
Polizeiregime in Südvietnam errichtet. Sie
übt maßlose Unterdrückung gegen alle die Per-
sonen - ohne Ansehen ihrer sozialen Herkunft,
ihrer politischen Überzeugung und ihrer Reli-
gion - aus, die sich für den Frieden, für die
Unabhängigkeit, die Neutralität und die De-
mokratie einsetzen, und unterdrückt alle die-
jenigen, die nicht auf ihrer Seite stehen.
Sie verstärkt die Zwangsrekrutierung in die
Armee und plündert das Eigentum der südvi-
etnamesischen Bevölkerung, um der amerikani-
schen Politik der "Vietnamisierung" des
Krieges zu dienen. Die Wiederherstellung
eines wirklichen Friedens in Südvietnam
setzt notwendigerweise die Bildung einer
Verwaltung ohne Thieu-Ky-Khiem in Saigon
voraus, einer Verwaltung, die sich für den
Frieden, die Unabhängigkeit, die Neutralität
ausspricht, die für die Verbesserung der Le-
bensbedingungen der Bevölkerung sorgt, die
die demokratischen Freiheiten wie Rede-,
Presse-, Versammlungs- und Glaubensfreiheit
etc. in Anwendung bringt und die den aus
politischen Gründen inhaftierten Personen die
Freiheit wiedergibt und die Konzentrations-
lager auflöst, damit die Bevölkerung zu ih-
ren Heimatorten zurückkehren und ihre normalen
Beschäftigungen wiederaufnehmen kann. Die Pro-
visorische Revolutionäre Regierung der Repu-
blik Südvietnam ist bereit, mit einer sol-
chen Verwaltung Gespräche über eine politi-
sche Lösung des südviethnamesischen Problems
zu beginnen, um den Krieg zu beenden und den
Frieden in Vietnam wieder herzustellen.

4. Die südviethnamesische Bevölkerung wird
selbst über das politische System Südviet-
nams mittels wirklich freier und demokrati-
scher, allgemeiner Wahlen entscheiden, eine
Volksvertretung wählen, eine Verfassung na-
tionalen und demokratischen Charakters ausar-
beiten und eine Regierung bilden, die die
Bestrebungen und den Willen nach Frieden,
Unabhängigkeit, Neutralität, Demokratie und
nationale Eintracht der gesamten Bevölkerung
widerspiegelt.

Die allgemeinen Wahlen müssen in wirklich freier und demokratischer Weise abgehalten werden. Die Wahlmodalitäten müssen allen Staatsbürgern während der Wahlkampagne und der Stimmabgabe wirkliche Freiheit und Gleichheit sichern, ohne Ansehen ihrer politischen Überzeugung, einschließlich der Personen, die augenblicklich im Ausland leben. Keine der Parteien darf sich das Recht vorbehalten, die allgemeinen Wahlen zu organisieren und die Wahlmodalitäten festzusetzen. Allgemeine Wahlen, die von der im Sold der USA stehenden Saigoner Verwaltung unter den Bajonetten der amerikanischen Besatzungsarmee abgehalten werden, können nicht frei und demokratisch sein.

Das Bestehen einer breiten provisorischen Koalitionsregierung erweist sich als unerlässlich für die Organisation wirklich freier und demokratischer allgemeiner Wahlen und ebenso für die Garantie des Rechtes der süd-vietnamesischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung während der Übergangsperiode von der Wiederherstellung des Friedens bis zur Abhaltung der allgemeinen Wahlen.

5. Die Provisorische Koalitionsregierung wird aus den folgenden drei Bestandteilen gebildet:

- Personen, die der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam angehören.
- Personen in der Saigoner Verwaltung, die sich wirklich für den Frieden, die Unabhängigkeit, die Neutralität und die Demokratie aussprechen.
- Personen, die verschiedenen politischen und religiösen Kräften und Tendenzen angehören die sich für den Frieden, die Unabhängigkeit, die Neutralität und die Demokratie aussprechen - einschließlich derer, die aus politischen Gründen im Ausland leben müssen.

Die Provisorische Koalitionsregierung wird die zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarungen verwirklichen.

Die Provisorische Koalitionsregierung wird eine Politik der nationalen Eintracht durchführen, der Bevölkerung die Ausübung der demokratischen Freiheiten garantieren, Terrorakte, Repressalien und Diskriminierungen gegen Personen, die mit der einen oder anderen Seite kollaboriert haben, verbieten; sie wird für die Stabilisierung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung sorgen und allgemeine Wahlen zur Bildung einer Koalitionsregierung organisieren.

Die Provisorische Koalitionsregierung wird eine Außenpolitik des Friedens und der Neutralität verwirklichen, eine Politik der guten Nachbarschaft mit dem Königreich Laos und dem Königreich Kambodscha praktizieren, die Souveränität, die Unabhängigkeit, die Neutralität und territoriale Integrität dieser beiden Länder respektieren; sie wird diplomatische Beziehungen mit allen Ländern ohne Ansehen ihres politischen Systems aufnehmen, einschließlich der USA, entsprechend den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

6. Vietnam ist eins, das vietnamesische Volk ist eins. Die Wiedervereinigung Vietnams wird sich schrittweise und mit friedlichen Mitteln vollziehen, auf der Grundlage von Diskussionen und Abkommen zwischen den beiden Zonen, ohne Zwang oder Annexion durch die eine oder andere Seite und ohne fremde Einmischung. Der Zeitpunkt bis zur Wiedervereinigung sowie alle Fragen, die sich auf die Wiedervereinigung beziehen, werden Gegenstand von Diskussionen und Vereinbarungen zwischen beiden Zonen sein. In Erwartung der friedlichen Wiedervereinigung des Landes werden beide Zonen normale Beziehungen in allen Bereichen auf der Grundlage der Gleichheit und der gegenseitigen Respektierung aufnehmen und das politische Regime, sowie die Innen- und Außenpolitik des anderen respektieren.

7. Alle Seiten werden gemeinsam Maßnahmen beschließen, die die Respektierung und die korrekte Ausführung der getroffenen Vereinbarungen gewährleisten.

8. Nach der Unterzeichnung der zustandegewonnenen Abkommen zur Beendigung des Krieges und zur Wiederherstellung des Friedens in Vietnam, werden alle Seiten die Modalitäten in Kraft treten lassen, die für einen Waffenstillstand in Südvietnam festgesetzt worden sind.

Um zu einer friedlichen Lösung des süd-vietnamesischen Problems zu kommen, erklärt sich die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam bereit, ab sofort Kontakte mit den Kräften oder Personen aller politischen und religiösen Tendenzen im Inland und im Ausland aufzunehmen, einschließlich der Personen, die der gegenwärtigen Saigoner Verwaltung angehören, mit Ausnahme von Thieu Ky und Khiem. (...)

(Aus: Bulletin D'Information vom 19.9.1970)

Erklärung des ZK der NFL über eine globale Lösung des Südvietnam-Problems (8. 5. 1969)

Ausgehend von dem Wunsch, zu einer politischen Lösung zu gelangen, die dem Aggressionskrieg der US-Imperialisten in Südvietnam ein Ende setzt und den Frieden wiederherstellt; auf der Basis der Anerkennung der grundlegenden nationalen Rechte des vietnamesischen Volkes;

ausgehend von den Grundprinzipien des Genfer Vietnam-Abkommens von 1954 und von der gegenwärtigen realen Lage in Vietnam;

auf der Grundlage des Politischen Programms und der 5-Punkte-Erklärung der NFL, die mit dem 4-Punkte-Standpunkt der Regierung der DRV übereinstimmen;

legt die NFL die Prinzipien und den Hauptinhalt einer globalen Lösung des Südvietnam-Problems als Beitrag zur Wiederherstellung des Friedens in Vietnam vor:

1. Respektierung der grundlegenden nationalen Rechte des vietnamesischen Volkes, wie sie im Genfer Vietnam-Abkommen von 1954 festgelegt wurden: Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität.

2. Die US-Regierung muß die Truppen, das Militärpersonal, die Waffen und das Kriegsmaterial der Vereinigten Staaten und der anderen Länder des US-amerikanischen Lagers völlig aus Südvietnam abziehen, ohne irgendeine Bedingung zu stellen, muß die US-Militärstützpunkte in Südvietnam auflösen und auf alle Handlungen verzichten, die die Souveränität, das Territorium und die Sicherheit Südvietnams und der DRV verletzen.

3. Das Recht des vietnamesischen Volkes, für die Verteidigung seines Vaterlandes zu kämpfen, ist das heilige unverletzliche Selbstverteidigungsrecht aller Völker. Die Frage der vietnamesischen Streitkräfte in Südvietnam wird durch die vietnamesischen Beteiligten selbst geregelt werden.

4. Die südvietnamesische Bevölkerung regelt ihre inneren Angelegenheiten selbst ohne ausländische Einmischung. Durch allgemeine, freie und demokratische Wahlen entscheidet sie über das politische System Südvietnams selbst, wird eine Verfassungsgebende Nationalversammlung konstituiert, eine Verfassung ausgearbeitet und eine Koalitionsregierung gebildet, die die nationale Eintracht und eine breite Einheit aller Volksschichten widerspiegelt.

5. Zwischen der Wiederherstellung des Friedens und der Abhaltung allgemeiner Wahlen darf keine der Parteien dem südvietnamesischen Volk ihr eigenes politisches Regime aufzwingen.

Die politischen Kräfte, die die verschiedenen Volksschichten und politischen Tendenzen in Südvietnam – auch diejenigen Personen, die aus politischen Gründen gezwungen sind, im Ausland zu leben – repräsentieren, die für Frieden, Unabhängigkeit und Neutralität eintreten, werden miteinander verhandeln, um eine provisorische Koalitionsregierung nach den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Demokratie und der gegenseitigen Respektierung zu bilden, mit dem Ziel, ein friedliebendes, unabhängiges, demokratisches und neutrales Südvietnam zu schaffen.

Die provisorische Koalitionsregierung wird die folgenden Aufgaben haben:

a) Durchführung der vereinbarten Abkommen über den Abzug der Truppen der Vereinigten Staaten und der anderen fremden Länder des US-amerikanischen Lagers usw.;

b) Verwirklichung der nationalen Eintracht, der breiten Einheit aller Bevölkerungsschichten, politischen Kräfte, Nationalitäten und religiösen Gemeinschaften und aller Personen, ohne Unterschied ihrer politischen Tendenzen und ihrer Vergangenheit, wenn sie sich nur für Frieden, Unabhängigkeit und Neutralität aussprechen;

c) Verwirklichung der breiten demokratischen Freiheiten: Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Glaubensfreiheit, Freiheit der Bildung von politischen Parteien und Organisationen, Demonstrationsfreiheit usw. Freilassung der aus politischen Gründen inhaftierten Personen, Verbot aller Terrorakte, aller Repressalien und jeglicher Diskriminierung von Personen, die mit der einen oder anderen Seite zusammengearbeitet haben und sich gegenwärtig im Inland oder im Ausland befinden, wie dies im Genfer Vietnam-Abkommen von 1954 festgelegt wurde;

d) Heilung der Wunden des Krieges, Wiederherstellung und Entwicklung der Wirtschaft, Wiederherstellung des normalen Lebens des Volkes und Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen;

e) Durchführung allgemeiner, freier und demokratischer Wahlen in ganz Südvietnam zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der südvietnamesischen Bevölkerung entsprechend dem oben angeführten Punkt 4;

6. Südvietnam wird eine Außenpolitik des Friedens und der Neutralität durchführen:

Durchführung einer Politik der guten Nachbarschaft mit dem Königreich Kambodscha auf der Grundlage der Respektierung seiner Unabhängigkeit, Souveränität, Neutralität und territorialen Integrität in seinen gegenwärtigen Grenzen, Durchführung einer Politik der guten Nachbarschaft mit dem Königreich Laos auf der Grundlage der Respektierung des Genfer Laos-Abkommens von 1962.

Herstellung diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen mit allen Ländern, ungeachtet des politischen und sozialen Systems, auch mit den USA, in Übereinstimmung mit den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz: gegenseitige Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität, Nichtaggression, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen, friedliche Koexistenz; Annahme wirtschaftlicher und technischer Hilfe von allen Ländern, sofern sie nicht mit politischen Bedingungen verknüpft ist.

7. Die Wiedervereinigung Vietnams wird schrittweise, mit friedlichen Mitteln, auf der Grundlage von Beratungen und Vereinbarungen zwischen den beiden Zonen und ohne ausländische Einmischung verwirklicht.

Bis zur friedlichen Wiedervereinigung Vietnams knüpfen die beiden Zonen auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung auf allen Gebieten wieder normale Beziehungen an.

Entsprechend den Bestimmungen des Genfer Abkommens von 1954 trägt die militärische Demarkationslinie zwischen den beiden Zonen am 17. Breitengrad provisorischen Charakter und stellt auf keinen Fall eine politische oder territoriale Grenze dar. Die beiden Zonen werden sich über den Status der entmilitarisierten Zone einigen und die Bedingungen für

den Verkehr über die provisorische militärische Demarkationslinie festlegen.

8. Entsprechend den Bestimmungen des Genfer Vietnam-Abkommens von 1954 verpflichten sich die beiden Zonen, Nord- und Südvietnam, in der Zeit bis zur friedlichen Wiedervereinigung Vietnams von jeglicher Beteiligung an irgendwelchen Militärpakten mit fremden Ländern Abstand zu nehmen und es keinem fremden Land zu gestatten, auf ihrem Boden Militärstützpunkte, Truppen oder Militärpersonal zu unterhalten; sie verpflichten sich, keinen Schutz seitens irgendeines Landes, Militärpaktes oder Blocks anzunehmen.

9. Beseitigung der Folgen des Krieges:

a) die beteiligten Parteien werden über die Freilassung der während des Krieges gefangenen Soldaten verhandeln;

b) die Regierung der USA muß die volle Verantwortung für die dem vietnamesischen Volk in beiden Zonen von ihr zugefügten Schäden und Zerstörungen tragen.

10. Die beteiligten Parteien werden sich über eine internationale Überwachung des Abzugs der Truppen, des Militärpersonals, der Waffen und des Kriegsmaterials der Vereinigten Staaten und der anderen Länder des US-amerikanischen Lagers aus Südvietnam einigen.

★

Die Prinzipien und der Inhalt der oben dargelegten globalen Lösung bilden ein einheitliches Ganzes. Auf der Grundlage dieser Prinzipien und dieses Inhaltes werden die beteiligten Parteien sich verständigen, um über die oben erwähnten Fragen Abkommen zu schließen, mit dem Ziel, dem Krieg in Südvietnam ein Ende zu setzen und zur Wiederherstellung des Friedens in Vietnam beizutragen.

Unter Benutzung eines deutschen Textes (abgedr. in: Bulletin der Mission der Front für die Befreiung Südvietnams in der DDR, Sondernummer 5, Mai 1969) a. d. Engl. übers. n.: Vietnam Courier, No. 216 v. 12. 5. 1969.

REFERAT UND MATERIALIEN ZUM US-KRIEG IN VIETNAM

Herausgegeben vom Zentralen Ausschuss der Kampagne für Demokratie und Abrüstung.
Autoren: Jutta von Freyberg, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Frank Werkmeister.

52 Seiten, Selbstkostenpreis: 2,- DM.

Bestellungen bei: Frank Werkmeister

3551 Wehrda bei Marburg, Unter den Eichen
Nr. 33

Antiimperialistisches Informationsbulletin

1

enthielt u.a.:

Gemeinsame Erklärung der Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker

Südvietnam - Zur Lage in den Städten

Erklärung des ZK der Patriotischen Front von Laos über die politische Lösung des Laos-Problems vom 6. März 1970

Botschaft und feierliche Erklärung von Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt von Kambodscha, vom 23. März 1970

Materialien zur ökonomischen und militärischen Unterstützung der portugiesischen Kolonialpolitik durch die Bundesrepublik

VIETNAM - COURIER

Erscheint wöchentlich in Hanoi in englischer und französischer Sprache, bringt Dokumente, Analysen und Berichte über Politik, Wirtschaft und Militärwesen in Nord- und Südvietnam, Laos, Kambodscha und Indochina.

Preis des Abonnements : 14,50 DM

Bestellungen über die Redaktion des "Antiimperialistischen Informationsbulletins".
